



gabe an die bayerische Staatsregierung gerichtet, in der verlangt wird, daß Bayern bei der Reichsregierung auf beschleunigtes Erlass eines Gesetzes zur Befreiung der vom Spirituszölne durch seine neuen Verträge dem gesamten Handel auferlegten Zölle hinwirkt.

Die Spirituszentrale wird sich durch diese Eingabe kaum erschrecken lassen, denn die geographischen Schmalpazentener lassen nur zu gut, daß ihnen das Einfließen der preussischen Regierung im Reiche kein Haar gekrümmt werden wird, auch wenn sie ihre Machtstellung noch toller mißbrauchen würden. Die Verstaatlichung des Spiritusmonopols könnte als ein annehmbarer Ausweg erscheinen, um dem Monopol der Spirituszentrale ein Ende zu bereiten, wenn man nicht wüßte, daß unter den heutigen politischen Verhältnissen der Staat den Subrogatarien das Spiritusmonopol nur zu Bedingungen abnehmen würde, die den Spirituswucher noch eindringlicher gestalten.

## Tagesgeschichte.

Salte a. S., 16. Oktober 1908.

### Die Regierung u. ff.

Die preussische Regierung fährt fort, sich in ihren Veröffentlichungen über das Volk laut zu machen, das die Befreiung des preussischen Dreifachwahlrechts und seine Ersetzung durch das gleiche Recht fordert. Nachdem sie zunächst zur lebhaften Freude der Junter die Kadenz hatte in die Welt gehen lassen, daß die statistischen Vorarbeiten für eine preussische Wahlreform vor Ende des Jahres 1909 bestimmt nicht vollendet sein würden, gibt sie jetzt an die Presse weitere Informationen, durch die der herausfordernde Charakter ihrer ersten Ankündigungen noch wesentlich verstärkt wird. Jetzt nämlich wird mitgeteilt:

Nach Versicherungen von kompetenter Seite dürften sämtliche statistischen Arbeiten zu Ende des Jahres 1909, entgegen einem früheren Berichte, noch nicht beendet sein. Das Ziffermaterial, das der Verwaltung darzt, ist außerordentlich groß und muß nach ganz neuen Gesichtspunkten geordnet werden. Man rechnet daher mit der vollständigen Fertigstellung erst im Sommer 1910. Den Landtag dürften die Wahlreformvorläufe der Regierung kaum vor dem Jahre 1911 beschäftigen.

Man muß mit Zauberei und Windmühl zugleich geistigen sein, um die verböhnenden Absichten solcher Verlautbarungen nicht zu bemerken. Es genügt der Regierung nicht, nicht zu tun, sondern sie berachtet es ebenfalls als ihre Aufgabe, die Anhänger einer durchgreifenden Wahlreform, und das sind doch angeblich nicht bloß die Sozialdemokraten, zum Gaudium der Konfessionslosen anzuheulen.

Wenn vor dem Jahre 1911 eine Wahlreformvorlage der Regierung nicht zu erwarten ist, dann ist es wahrscheinlich, daß diese Wahlreformvorlage erst nach dem Jahre 1911 kommen soll. Aber selbst, wenn sie im Jahre 1911 kommt, so ist es sicher, daß das Abgeordnetenhaus, dessen Mandat im Jahre 1913 abläuft, die Beratung so verschleppen wird, daß auch die Wahlen von 1913 wieder nach dem alten Dreifachwahlrecht vorgenommen werden. Ist das aber erst geschehen, dann ist auch wieder das statistische Material, das man im Ministerium bearbeitet hat, durch die Tatsachen überholt; es muß also 1913 fleischigig Auftrag zur Bornahme einer neuen Statistik gegeben werden, und da sich der Wüßhinn der Dreifachwahlhosen bei jeder Wahl mehr vermindert, so wird die neue Statistik wieder viel längere Zeit beanspruchen als die alte. Und schließlich muß die ganze Welt, soweit sie in Preußen liegt, in ihrem Lauf innehalten, weil die Statistik noch immer nicht fertig ist.

Sodern in der öffentlichen Ankündigung der geplanten Reformverschleppung auch eine Herausforderung der sozialdemokratischen Arbeiterklasse liegt, haben wir keinen Grund uns zu beklagen. Wir stehen mit der Regierung Willau auf Kriegsfuß, und es ist einfach eine Machtfrage, wer zum Schluss obenaufliebt, vor oder hinter sie. Die Regierung darf eine unüberwindliche Opposition, die sich ihr entgegenstellt, kämpfen, sie darf sie förmlich heranziehen, wenn sie es für nötig hält, es muß sich schließlich herausstellen, wer als der Letzte am besten laßt wird. Aber der Sohn der wahrheitsfeindlichen Regierung trifft viel weniger aus als jene angelicht wahrheitsfreundlichen bürgerlichen Parteien, die dieser Regierung teils dienen, teils darauf warten, ihr wieder dienen zu dürfen.

Der Freisinn behauptet, kein wichtigeres Ziel seiner Politik zu kennen, als die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen. Im Zentrumsbüchern kann man gelegentlich lesen, daß es dem Zentrum

möglicherweise weit von hier fand, ließ ihn langsam von der Tür zurücktreten, und er sagte mit fast zitternder, leiser Stimme:

„Wenn Sie mir erlauben, Miß, erwarte ich ihn dann hier. — Wer weiß, welchen Anstrengungen und langen Ritten ich jetzt wieder ausgesetzt bin, und die kurze Ruhe vorher wird mir gut.“

Sarah meinte sich flüchtig gegen ihn — sie wollte antworten, aber sie vermochte kein Wort über die Lippen zu bringen. Ob geschickt es im Leben, daß wenn uns irgend ein bedeutendes Ereignis bevorzieht, die Ahnung desselben bewältigend über uns hereinbricht. Wie eine nahende, vor den Augen liegende Gefahr preßt es uns, wir wissen selbst nicht warum, Herz und Brust zusammen, und gewisse Worte muß der Geist zuletzt den Lippen zwingen, ihm wieder zu gehören. So war es ihnen jenen Seiten zumute, als sie allein hier einander gegenüber standen. Sie füllten, daß dieser Augenblick entscheidend für sie sein müßte. Sarahs Scharfblut war es nicht entgangen, welche Gefühle sie schon in Erdoben, wenn auch selbst vollkommen unfreiwillig, in der Brust des Offiziers geweckt, und Wasser, der das junge bildliche Mädchen mit aller Wut seiner ersten heißen Zerknirschung, hatte die Hand, die sie zum ersten Male die Seine zu nennen, wußte das Herz ihn soz. Wenigstens die Geißelheit wollte er deshalb mit sich in die Ferne nehmen, ob die Zukunft seine Hoffnungen und Träume erfüllen würde, oder — ob er es in Verweigerung aufgeben müßte, das Herz der harten Schönen zu gewinnen.

Von beiden sammelte sich Sarah aber doch zuerst. Ihr Gesicht nicht ohne ein wenig dem Herz nach, und mit Gebärde ihrer Aufregung bezeugend, vielmals auch in der Nacht, dem Gegner nicht Zeit zu geben, sein Wort an sie zu richten, griff sie ihr Bonnet auf und sagte freundlich:

„Nur es Ihnen recht, so fürh ich Sie hinaus — ich habe doch mit meiner Mutter etwas zu besprechen. Schon freute sich ihre Mutter nach der Klippe aus — das müßte sie, war sie sicher.“

mit der Sache des gleichen Wahlrechts in Preußen erwielet sei als jeder andere Partei. Sogar die letzten National-liberalen, obgleich auf beiden Seiten bindend (das linke ist für gleiche und das rechte für das Pluralwahlrecht), haben schon wiederholt zwar nicht die Einführung des Reichstagswahlrechts aber doch eine „durchgreifende Reform“ schon unabhägliche Male für „unaussprechbar“ erklärt.

Alle diese Parteien werden von der Regierung als Schwindler behandelt, auf deren lästliche Mahnungen man keine Rücksicht zu nehmen und deren Behauptungen man nicht ernst zu nehmen braucht. Meintens die diese Parteien ehrlieh, so würde sich die Regierung durch ihr Benehmen als zu unerböulichen Feinden machen. Aber die Regierung Willau scheint zu wissen, mit wem sie es zu tun hat. Während sie mit der preussischen Wahlreform unter dem höchsten Gelächter der Junterkassier ihren Scherzmann treibt, hat sie den Vat, vom Reichstag eine halbe Million neuer Steuern zu fordern, wovon mindestens reichlich drei Fünftel von jenen Teilen des deutschen Volkes entgehret werden sollen, die man in Preußen als Patrie behandelt.

Nun hat der sehr moralische Herr Wiener vorgestern in einem Berliner freisinnigen Bezirksverein die Erklärung wiederholt, daß die Verknüpfung der Wahlrechtsfrage mit der Reichsfinanzreform ein Akt der „Erpressung“ wäre. Die Wähler, sofern es ihnen um die Eringung des gleichen Wahlrechts ernst ist, werden jene Abgeordneten richtig zu behandeln wissen, die sich die kostbare Gelegenheit, eine Wahlreform in Preußen zu „erpressen“, aus angelicht moralischen Gründen anzuheulen ließen. Herr Wiener aber, wenn auch so vorzüglich, gleich hinauszuweisen, diese Gelegenheit sei gar nicht da, denn gegebenenfalls würde das Zentrum seine hundert Stimmen zugunsten der Regierung in die Waagschale werfen. Und damit hat er allerdings recht! Es ist schon einmal so, daß die angelicht wahrheitsfeindlichen bürgerlichen Parteien anstatt zusammenzukommen, um der Regierung das Wahlrechtsfeindliche Regierung eine halbe Milliarde neuer Steuern bewilligen zu dürfen. Herr Wiener hat nur vergesen hinzuversuchen, daß wenn das Zentrum eine oppositionelle Haltung einnimmt, es sofort wieder der Freisinn ist, der ihm in den Rücken fallen wird. Einstweilen, solange es so fort geht wie bisher, hat das Dreifachwahlrecht gute Zeiten! Die Regierung darf das Volk ungefragt berulken.

### Wahlreformvorläufe.

Einen kaum noch verständlichen Vorstoß gegen den klaren Wortlaut des neuen Reichsvereinsgesetzes unternahm der Oberstaatsanwalt am Berliner Kammergericht. Nach dem verfloffenen preussischen Vereinsgesetz waren bekanntlich auch die Teilnehmer an einem „nicht genehmigten öffentlichen Aufzuge“ strafbar; nach dem Reichsvereinsgesetz können dagegen nur „die Veranstalter und Leiter“ zur Verantwortung gezogen werden. — Nun waren in Zogolow bei Stettin 80 bis 100 Arbeiter durch den Ort marschiert, was von der Polizei als „nicht genehmigter Aufzug“ angesehen wurde. Vom Landgericht Stettin war deshalb der Stabverordnete Genosse Kunze, der an jenem Tage in Zogolow zu referieren hatte und mit den anderen durch den Ort gegangen war, als Teilnehmer bestraft worden.

In der Revision vor dem Kammergericht führte nun der Oberstaatsanwalt aus, das Reichsvereinsgesetz rede zwar nur vom Veranstalter und Leiter eines Aufzuges, es müßte aber auch an dem Teilnehmer sein. Das Reichsvereinsgesetz wolle unter Veranlassung auch die Teilnehmer bestrafen; sage man doch auch: „50 bis 100 Personen veranlassen einen Aufzug.“

Das Kammergericht folgte dieser mehr als merkwürdigen Auslegung eines klaren Begriffs nicht und sprach den Angeklagten frei. Wie will man es aber dem ungeschulten Arbeiter verdenken, daß er ein Gesetz nicht richtig versteht, wenn selbst ein Oberstaatsanwalt einen klaren Begriff so mißdeuten kann?

### In der Frage der Finanzreform.

Sind die freitenden Zeile von einer Verständigung weiter entfernt denn je. Die Kreuzzeitung wiederholt in einem anscheinend parteiunabhängigen Artikel die formelle und feierliche Erklärung, daß eine Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten für die konservative Partei unannehmbar ist, und sie besteht darauf, den Ausgleich in der Richtung zu suchen, daß ein Teil der erforderlichen Mittel durch eine einzelstaatliche Vermögenssteuer aufgebracht werden soll. Gerade dieser Weg aber ist von Herrn Sphow in der Nordb. Allg. Zeitung als ungangbar bezeichnet worden. Offenbar legen es die konservativen darauf an, den Freisinnigen zu zeigen, wie man durch rückwärtslose Entschlossenheit und Energie seine Forderungen durchsetzt. Leider zeigt der Freisinn keine Reizung, diesem Beispiel aus dem Gebiete der Verbindung weiterer indirekter Besteuerung zu folgen. Soweit es sich um die Belastung des Volkes handelt, herrscht bislang im Volk ungetrübte Einigkeit. Das Ende vom Biede kann sein, daß wieder eine Vermögenssteuer noch eine wirksame Nachlaststeuer eingeführt wird, so daß die Nichtstehenden die gesamte halbe Milliarde werden aufbringen müssen.

### Scharfmarck auf dem Juristenamt.

Wie man erst jetzt erfährt, haben an den Verhandlungen des deutschen Juristentages, an dem satzungsgemäß nur Juristen teilnehmen können, als Vertreter des Zentralverbandes deutscher Anwälte, der bekannten Scharfmarckpartei, die Herren Professor Leidig und Regierungsrat a. D. Artzels sowie der Syndikus Tändler von der Hauptstelle der deutschen Arbeitergewerkschaften teilgenommen. Außerdem hatte man als Gast auch noch den Sekretär der Hirsch-Dunderberg-Gewerkschaften, Erzelens, zugelassen. Wie die liberale Korrespondenz feststellt, hat sich Professor Leidig beim Bureau darüber beklagt, daß der Generalsekretär ebenfalls zugelassen worden war, ohne das er Jurisprudenz studiert hat. Tatsächlich hat das Bureau den Generalsekretär aus der Präsenzliste gestrichelt. Professor Leidig hielt auf dem Juristentag eine feine, bestimnte Scharfmarckrede, nachdem er vorher sich veräußert hatte, daß der Vertreter des Gewerkschaftsbundes das Wort nicht erteilt bekommen würde.

Jedenfalls trägt es nicht gerade dazu bei, das Vertrauen in die Unparteilichkeit der deutschen Juristen zu stärken, wenn es den Scharfmarckern möglich gemacht wird, inaktive Juristen, die sich als Vertreter ihrer Interessen angenommen haben, auf solche Tagungen zu schicken, um dort die antwortenden Juristen im Sinne der Scharfmarckpartei zu beeinflussen. Selbst die liberale Korrespondenz schwingt sich zu der Bemerkung auf: „Entweder der Juristentag bleibt „unparteiisch“, und dann dürften Interessentenvertreter überhaupt nicht das Recht haben, sich aktiv an den Verhandlungen zu beteiligen, auch wenn sie zufällig juristisch gebildet sein sollten; oder aber, wenn Interessentenvertreter von der einen Seite zugelassen werden, muß man solche von der anderen Seite ebenfalls zulassen.“

### Der Kampf um den letzten Pfennig.

So einzig die Konfessionen mit den Liberalen in Sachen darin find, daß den Arbeitern bei Umgestaltung des Landtagswahlrechts jede Möglichkeit genommen werden muß, Vertreter in harter Zahl in den Landtag zu senden, so gehen ihre Bemühungen darüber aus, wie sie die unter sich die Rechte verteilen sollen. Die konfessionsparteilichen Interessen stehen dabei den liberalen-individualistischen Interessen schart gegenüber. Da die Konfessionen gründen nicht bilden wollen, hat nun die Regierung erklärt, sie werde an dem Vorschlag festhalten, daß die Mitgliedern die vier Konfessionen erhalten, die Wähler der dritten Klasse nur je eine. Die „Reform“ steht somit an Evidenzlichkeit nicht viel zurück hinter der preussischen Dreifachwahlreform. Trotzdem schreibt gestern die freisinnige Hoff. Ztg. die Sozialdemokratie werde sich dann „nicht mehr über Verbotsmaßnahmen beklagen können.“ — Man behauptet, daß derselbe Freisinn zur gleichen Zeit das gleiche und allgemeine Wahlrecht fordert. An Bemühenstumperei läßt sich diese Art Freisinn wahrlich nicht mehr übertreffen.

### Der „wüßhinnige“ Streiter gegen die Sozialdemokratie.

Als Bekämpfer der Sozialdemokratie stellt sich am Mittwoch dem Kriegsgericht der 38. Division in Frankfurt der Unteroffizier der Landwehr, jegige Schneidemüller Albert Wilhelmmann aus Wölitz bei Ludrow vor. Er hat von 1899 bis 1901 in Meiningen gedient. Es war gegen ihn Mann ein Verfahren auf Degradation eingeleitet worden weil er wegen verführerischer Erpressung zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde vom Kriegsgericht verworfen. Die Beurteilung wegen Vergehen, die in einem Zivilprozeß gegen ihn ausbrach, einen Brief geschrieben hat, in dem er ihm Vernein bemerkte, er wolle den Leuten aber nicht deswegen anzeigen, wenn dieser ihm seine Jugendgehälter im Betrag von zehn Mark ablieferen. Wilhelmmann war in dem betreffenden Zivilbeleidigungsprozeß zu einer geringen Geldstrafe verurteilt worden, hatte aber etwa 150 Mark Kosten zu zahlen. Der Vertreter der Anklagebehörde, Kriegsgerichtsrat Seim, beantragte, die Degradation anzusprechen im Interesse der Disziplin und des Ansehens des Interoffiziersstandes.

Der Angeklagte Wilhelmmann wies zu seiner Verteidigung darauf hin, daß er bisher in Wölitz tüchtig gegen die Sozialdemokratie gearbeitet habe, er sei schon sechs Jahre beim Kriegereverein, für den er kräftig wirke. Seine Bemühungen um Abwendung der Degradation hatten Erfolg. Das Kriegsgericht erkannte dahin, daß die beantragte Degradation abzulehnen sei. Kriegsgerichtsrat Notermund führte aus, daß das Kriegsgericht im vorliegenden Falle die Degradation wohl aussprechen könne, aber nicht müsse. Es sei strafmildernd in Betracht zu ziehen, daß nur der Versuch der Erpressung vorliege, zudem habe das Landgericht in seiner Urteilsbegründung selbst angeführt, daß der Angeklagte seinen Ehrer nicht überlegt habe. Die Disziplin könne durch die erfolgte Beurteilung des Angeklagten nicht als gefährdet betrachtet werden, da dieser wohl eine große Dummheit begangen habe, aber nicht unwürdig sei, auch ferner Interoffizier zu bleiben.

„Erhebungen“ läßt der Staatssekretär des Reichspostamtes, Herr Kräfte, jetzt darüber anstellen, ob den Postunterbeamten ein beschränktes Koalitionsrecht zuerkannt werden soll. Wahrscheinlich sollen sich die Postbeamten nur vereinigen dürfen zur Abhaltung von Ergebenheits- und Jubiläumsgedächtnissen.

Dementiert wird von der Nordb. Allg. Ztg., daß die Ausschaltung des Prof. Schilling in Marburg aus der Prüfungs-kommission für Referendare zusammenhänge mit der Affäre des Bruders von Schilling, des Hülsmeyer Bürgermeisters. Die Marburger Prüfungskommission sei bereits im März benachrichtigt worden, als an die Hülsmeyer Affäre noch gar nicht zu denken gewesen sei. — Das mag stimmen. Da aber der Marburger Professor bereits vorigen Winter politisch aus der Reihe tangte, befreit das Dementi nicht die Vermutung, daß es sich doch bei der Nichtwiederberufung um eine politische Maßregelung gehandelt hat.

Die notleidenden Pfarren. Der preussische Landtag wird bald nach seinem Zusammentritt die Neuregelung der Besoldung der Geistlichen vorzunehmen haben. Das konservative Hauptorgan findet, daß das sehr einfach sei, denn die General-synode habe mit den kirchlichen Behörden die Hauptarbeit bereits geleistet. Dem Landtag bleibt nichts mehr zu tun übrig, als das nötige Geld zu bewilligen. Man sollte meinen, das sei gerade genug. Ueberdies sind die Geistlichen so bezahlt, insbesondere im Verhältnis zu der Arbeit, die sie leisten, daß sich eine Aufbesserung ihrer Gehälter gerade jetzt in der Zeit der erschwerten Erwerbstätigkeit, auf keinen Fall rechtfertigen würde.

Neues Wahlgesetz in Weimar. Dem im Januar zusammen-tretenden Landtag des Großherzogtums Sachsen-Weimar wird ein Gesetz auf Abänderung des seitigeren Wahlrechts gegeben. Wie man hört, bricht der Gegenwart mit dem System der indirekten Wahlen, besteht auf die Privilegien der Großgrundbesitzer, sieht aber dafür ein berufsbündliches Wahlrecht vor, das nach verschlechtert werden soll durch die Einführung von Pluralstimmen. Der in seiner Mehrheit agrarisch gefinnete Landtag wird eine solche Wahlrechtsverschlechterung natürlich mit Freuden begrüßen.

Das Schlußergebnis bei der Reichstagserversammlung in Prenzlauer-Gärten gleicht der bereits gestern mitgeteilten vorläufigen Meldung. Im Vergleich zur vorjährigen Wahl find zurückgegangen die konservativen Stimmen von 13 266 auf 10 892, die sozialdemokratischen von 4237 auf 2892 und die liberalen von 3710 auf 2694.

Zwei Urteile. Vom Schöffengericht in Sonneberg (Sachs.-Meiningen) wurde der verbeirathete Tischler Ernst Brand aus Sonneberg wegen Beleidigung des freisinnigen Reichstagsabgeordneten Enders und des Lehrers Greiner — außerdem wegen Beleidigung des letzteren — zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Man glaube aber nicht, daß das Sonneberger Schöffengericht immer so horrende Strafen ausspricht. Es kann auch milde urteilen. Als vor einiger Zeit der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Enders, Genosse Reichthaus-Erfurt, einen Gegner wegen schwerer Beleidigungen vor den das zitierte, wurde der Angeklagte von demselben Schöffengericht zu — 30 M. Geldstrafe verurteilt!

Und da behauptet noch jemand, wir hätten eine Massenjustiz. Militärjuristen. Das Kriegsgericht in Frankfurt a. M. verurteilte den Musketier E. Knott vom 165. Regiment in Panau zu zwei Monaten Gefängnis, weil er auf einem Wanderversammlungs dem Besche eines Referendaren gegenüber nicht in eine Lüge der Wanderversammlung eingedrungen war. Knott hatte den Besche nicht für seinen Vorgesetzten gehalten.

Gesheimmittelter? Schatzsekretär Sphow läßt durch das Reichsamt des Innern Erhebungen darüber anstellen, welche Summe im Deutschen Reiche alljährlich für Geheimmittel aus-

gehören werden. Vermittelt bill Herr Eydson, für den Fall, daß die eine oder andere Steuer abgelehnt würde, auch noch eine Gehaltsmittelsteuer in pecto behalten.

Als Präsident der Sechshandlung ist an Stelle des zum Reichspräsidenten ernannten Oberleiters der Unterstaatssekretär im Finanzministerium Dombosi in Aussicht genommen.

Zum Lehrerbefähigungsgesetz erklärt die in Eiferfeld erscheinende Welfd. Bezugszeitung, das Grundgesetz solle in Stadt und Land für ganz Preußen 1850 Mk. betragen, Löhne aber in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern bis auf 1800 Mk. erhöht werden. Die Alterszulagen sollen je 200 Mk. betragen.

In Braunschweig verhandeln Regierungsbereiter mit denjenigen Lotteriesollicitateuren, die nach Aufheben der braunschweigischen Lotterie am 1. Juli 1909 eine Stelle der preussischen Lotterie übernehmen wollen.

### Zur Lage auf dem Balkan.

Seute kann mit fast absoluter Bestimmtheit ausgesprochen werden, daß es wegen der Konflikte auf der Balkanhalbinsel zu einem Kriege nicht kommen wird, wenn auch die beteiligten Länder, um für alle Fälle vorzujagen, ihre Mobilisierungen fortsetzen, und wenn sich auch in Cetinje die montenegrinische Stupschina mit großer Mehrheit für den Krieg entschieden haben soll.

Der Kronprinz von Serbien feht allerdings seine künftige Krönung aufzuschieben. Er erklärte im Belgrader Offizierskafino einer Anzahl Offizieren gegenüber, er werde die Laue Haltung Serbiens gegen Oesterreich, das zwei verbündete Länder gefollet habe, niemals billigen. Es wäre Blidht gewesen, diesen Länderraub mit der Kriegserklärung zu beanworten. Ein großer Teil des Oesterreich liegt auf meiner Seite. Die Abdankung des Königs Peter scheint bevorzuziehen. Mehreren

Freunden sagte er, daß er nicht die Straß führe, die für das Land verhängnisvolle kriegerische Bewegung aufzuhalten, und fürchte, er werde zu werden. Der König soll in Wien Schritte unternommen haben, um sich unter österreichischen Schutz zu stellen.

Die Jungtürken haben durch eine Deputation in Paris fragen lassen, ob Frankreich der Türkei Lehrer zur Verfügung stellen wolle, um an den neugegründeten Schulen den Unterricht zu erteilen.

Die Ballantonskonferenz ist nach einer Mitteilung aus Wien sühergestellt. Vorher sollen Verhandlungen der Partei mit Anblich über die Darstellungsverträge und mit Oesterreich über Anerkennung der Annexion Bosniens stattfinden.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. F. H. Die für Feuilleton, Reich und Provinz: E. Däumig für Oesterreichs und Berichte: D. Fröhlich, sämtlich in Halle.

# OKTOBER-MESSE

## bei H. ELKAN

**Hervorragend billige Waren in allen Abteilungen.**

Die hier erwähnten Vergünstigungen sind nur von Sonnabend den 17. bis Sonnabend den 24. Oktober gültig.

<b>Barchent-Blusen</b> 1. ries. Ausw. sowie schöner Ausführung 1.60 1.25 bedernde Streifen und 8.90	<b>90 Pl.</b>	<b>Damen-Paletots</b> , gemustert, verschiedene Längen, 25 bis 6 <sup>45</sup> M.	<b>Blusen-Samte</b> , einfarbig, alle Farben, Meter 1.20	<b>90 Pl.</b>
<b>Blusen-Oberhemd</b> , 2. ries. Ausw. sowie schöner Ausführung 1.60 1.25 bedernde Streifen und 8.90	<b>250 M.</b>	<b>Damen-Jackets</b> , schwarz, lose und anliegend, 17 bis 3 <sup>30</sup> M.	<b>Blusen-Samte</b> , gemustert, nur Neuheiten, Meter 1.85	<b>1 M.</b>
<b>Velour-Bluse</b> in modernem Bordürenmuster	<b>2<sup>75</sup> M.</b>	<b>Damen-Umhänge</b> , schwarz und grau, 28 bis 4 <sup>35</sup> M.	<b>Haus-Kleiderstoffe</b> , riesige Musterauswahl, Meter 75	<b>45 Pl.</b>
<b>Woll-Bluse</b> in schwarz, weiss und gemustert 5.20	<b>4 M.</b>	<b>Abend-Mäntel</b> , helle Farben mit Pelzbesatz, 25 bis 10 <sup>90</sup> M.	<b>Blusen-Stoffe</b> , moderne Streifen und Cl., Meter 1.70	<b>90 Pl.</b>
<b>Sammet-Bluse</b> , ohne Unterschied	<b>5<sup>50</sup> M.</b>	<b>Plüsch-Paletots</b> , auch für starke Damen, 23 bis 19 <sup>90</sup> M.	<b>Gemusterte Kleiderstoffe</b> , reiz. Neuheiten, Meter 1.65	<b>1 M.</b>
<b>Seidene Blusen</b> , Extra-Posten	<b>7<sup>50</sup> M.</b>	<b>Kimonos</b> , schwarz und farbig, 15 bis 10 <sup>90</sup> M.	<b>Einfarbige Kleiderstoffe</b> , allem. Farben, Meter 1.15	<b>78 Pl.</b>
		<b>Mädchen-Jackets</b> 8.00 6.75 5.50 4.75 3.00 2.95		

<b>Korsett</b> aus Drell, mit Spitze	<b>68 Pl.</b>
<b>Korsett</b> mit Spiral	1.40 <b>125</b>
<b>Frack-Korsett</b> mit Spiral	2.65 <b>225</b>
<b>Kinder-Korsett</b>	1.25 <b>65 Pl.</b>
<b>Gestrickte Frauen-Korsetts</b>	<b>115</b>
<b>Mieder</b> aus gutem Drell, mit Spitze	<b>90 Pl.</b>

Jeder Käufer erhält während der Messtage bei einem Einkauf von **5 Mark** an ein **Extra-Geschenk.**

<b>Damen-Hüte</b>	<b>290</b>
<b>Damen-Hüte</b> chick garn.	19.00 7.25 5.50 <b>375</b>
<b>Mädd.-Hüte</b> rot, blau, braun, grün	1.85 <b>100</b>
<b>Pelz-Colliers</b> für Damen	48.00 bis <b>250</b>
<b>Muffen</b> verschiedene Pacons	8.00 <b>135</b>
<b>Kinder-Pelzgarnituren</b>	6.00 bis <b>135</b>

<b>Bettbezüge</b> m. 2 Klassen, waschechte Muster	4.50 8.50 <b>295</b>
<b>Bettzeug</b> trische Muster	40 <b>25 Pl.</b>
<b>Battkattun</b> schöne Blumen-Muster	Mtr. 40 <b>29 Pl.</b>
<b>Kleider-Barchent</b>	Meter 52 38 <b>28 Pl.</b>
<b>Bett-Inlett</b> rot und rotrosa gestreift	Mtr. 60 <b>48 Pl.</b>
<b>Betttücher</b> weiss und bunt	Barchent St. 1.15 <b>70 Pl.</b>
<b>Inlett</b> fertig genäht	4.50 8.50 <b>250</b>
<b>Schürzendruck</b> dopp. Breite pr. Ware	m. <b>85 Pl.</b>
<b>Jacquard-Tischtücher</b> gesäumt	1.15 <b>75 Pl.</b>
<b>Weisse Servietten</b> Dutzend	<b>280</b>
<b>Barchent-Unterröcke</b>	1.75 1.10 <b>90 Pl.</b>
<b>Barchent-Beinkleider</b>	1.50 <b>90 Pl.</b>
<b>Weisse Beinkleider</b> mit Veston	Barchent 1.50 <b>90 Pl.</b>
<b>Hemdentuch</b>	Meter 40 32 <b>22 Pl.</b>
<b>Pique</b> weiss, gemustert	Meter 60 50 <b>38 Pl.</b>

**Zwecks vollständiger Räumung unserer Wirtschafts- und Spielwaren-Abteilung**

werden sämtlich noch vorhandene Waren während dieser Tage **unter dem Einkaufs-Wert ausverkauft.**

Spiel- und Wirtschaftswaren sind in unseren Schaufenstern nicht ausgelegt.

<b>Herren-Zugstiefel</b> , Strapazierstiefel, Paar 7.10 8.10	<b>3 90</b>	<b>Damen-Zugstiefel</b> Strapazierstiefel	6.50 <b>4 75</b>
<b>Herren-Boxcalfstiefel</b> , je n. Fasson u. Qual., Paar 10.50 9.50	<b>7 25</b>	<b>Damen-Stiefel</b> Schnür- und Knopfstiefel	6.90 <b>5 90</b>
<b>Herren-Lederhausschuh</b> mit warmen Futter	Paar 4.10 <b>3 90</b>	<b>Damen-Stiefel</b> Boxcalf, je nach Façon	9.90 <b>7 25</b>
<b>Herren-Filzschmalenstiefel</b> , Lederbesatz, Paar 6.75	<b>5 40</b>	<b>Damen-Filzschuh</b> Plüschbesatz, Spaltsohle	<b>1 98</b>

**Filz-Schuhwaren jeder Art spottbillig.**

<b>Herren-Mützen</b>	75 65 <b>38 Pl.</b>
<b>Knaben-Mützen</b> Jockey 65 Mützen 38	<b>25 Pl.</b>
<b>Schüler-Mützen</b> in allen Farben	2.10 1.75 <b>1 20</b>
<b>Baschlick-Mützen</b> m. Ohrenklappe 75	Mtr. 1.95 1.70 <b>1 00</b>
<b>Herren-Kaiser-Mützen</b> Hut-Mütze	1.95 1.70 <b>1 00</b>
<b>Herren-Hüte</b> schwarz und farbig weich	3.50 <b>2 50</b>
<b>Herren-Hüte</b> schwarz, steifes Fasson	3.50 <b>2 90</b>
<b>Herren-Normal-Hemden</b>	1.80 1.45 <b>1 10</b>
<b>Herren-Normal-Hosen</b>	1.50 <b>1 20</b>
<b>Herren-Jagd-Westen</b>	2.40 <b>1 45</b>
<b>Herren-Strick-Jacker</b>	1.50 <b>98 Pl.</b>
<b>Herren-Beinkleider</b> mittelstark	1.45 <b>1 25</b>
<b>Damen-Untertailen</b> gefüttert	<b>80 Pl.</b>
<b>Damen-Strick-Westen</b>	1.45 <b>1 25</b>
<b>Herren-Pelz-Hemden</b>	2.40 <b>1 90</b>
<b>Herren-Pelz-Hosen</b>	2.35 <b>1 90</b>

<b>Leib-Wäsche.</b>	
<b>Herren-Hemd</b> Barch. bunt	1.90 1.50 <b>90 Pl.</b>
<b>Damen-Hemden</b> weiss	1.60 <b>90 Pl.</b>
<b>Nachtjacken</b> bunt. Barchent	1.75 <b>90 Pl.</b>
<b>Herren-Hemden</b> weiss. Barch.	2.30 <b>1 80</b>
<b>Frauen-Hemden</b> weiss. Barch.	2.10 <b>1 60</b>
<b>Knaben- und Mädchen-Hemden.</b>	

<b>Herren-Anzüge</b> riesige Auswahi	15 bis 14 M.	<b>Herren-Joppen</b> ge- füttert	12 bis 4 <sup>50</sup>
<b>Herren-Paletots</b> grosse Eingänge	10 bis 42 M.	<b>Knaben-Anzüge</b> alle Fassons	12 bis 2 <sup>75</sup>
		<b>Knaben-Joppen</b> je nach Grösse	2 <sup>50</sup> bis 6 M.

<b>Herren-Artikel.</b>	
<b>Herren-Kragen</b> weiss	60 35 <b>25 Pl.</b>
<b>Knaben-Kragen</b> weiss	Stück <b>15 Pl.</b>
<b>Herren-Krawatten</b>	35 25 <b>15 Pl.</b>
<b>Kragenschoner</b>	1.75 75 <b>50 Pl.</b>
<b>Herren-Socken</b> Paar	60 <b>38 Pl.</b>
<b>Herren-Handschuh</b> gefüttert, Paar	<b>50 Pl.</b>

Die Marken-Ausgabe bleibt bestehen.

Die Marken-Ausgabe bleibt bestehen.

**Barbier- u. Friseurgehilfen Weissenfels.**  
Montag, den 16. Oktober 1908, abends 9 Uhr  
im Restaurant Weintraube, Gegendorfstr. 17

**Grosse öffentliche Versammlung.**

Zwecksetzung:  
Die Preis- Erhöhung im Barbiergewerbe und Stellungnahme der Barbiergehilfen hierzu. — Diskussion.  
Um zahlreiche Beteiligung eruchen  
Die vereinigten Barbiergehilfen von Weissenfels.

**Zentral-Verband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen (Zahlst. Halle).**  
Sonntag, den 18. Oktober, früh 11 Uhr: Besichtigung  
d. Königl. Preuss.-Sächs. Landgestüt „Kreuz“.  
Zeitpunkt Baispart 10<sup>15</sup> Uhr.  
Um zahlreiche Beteiligung eruchen  
Das Komitee.

**Weissenfels. Weintraube. Weissenfels.**  
Heute Sonnabend:  
**Grosse musikal. Abend-Unterhaltung.**  
(Die Verführung des Mannes oder: Adam und Eva im Paradiese).  
Es ladet alle Arbeiter von Weissenfels und Umgegend frei ein  
Eduard Schulze.  
Sente: **Salzknöden mit Meerrettich.**

# Wir verkaufen aus

da unsere Läger in einigen Tagen geräumt sein müssen.

Wegen Umgestaltung unserer Lebensmittel-Abteilung veranstalten wir von Sonnabend den 17. d. Mts. ab, soweit Vorräte vorhanden, einen

# Lebensmittel-Ausverkauf

<b>Kolonial-Waren.</b> Zucker 18 Pf. Weizenmehl 13 Pf. Bruchreis 12 Pf. Graupen grob 14 Pf. Linsen I. große 22 Pf. Grüne Erbsen 12 Pf. Gries grob 15 Pf. Façon-Mudeln 30 Pf. Paniermehl 32 Pf. Graupen mittel 16 Pf. <b>Margarine 48 Pf.</b> Graupen fein 18 Pf. Ragoon-Reis 16 Pf. Gries mittel 18 Pf. Gries fein 20 Pf. Eiergraupen 30 Pf. Gebr. Gerste 15 Pf. Hafermehl 32 Pf. Haferfloeken 32 Pf. Hafer-Kakao 70 Pf. Hut-Zucker 20 Pf. <b>Zuckerhonig 23 Pf.</b>	<b>Kolonial-Waren.</b> Schnittmudeln 18 Pf. Eiermudeln 22 Pf. Muskatnüsse 10 Pf. St. Julienne 20 Pf. Kindermehl 68 Pf. Schlagsahne 50 Pf. Erbswürste 18 Pf. Weiße Bohnen 13 Pf. Gr. Rosinen 40 Pf. Tee 12 Pf. Kaffee ft. gebr. 34 Pf. <b>Palmbutter 42 Pf.</b> Puddingpulver 38 Pf. Backpulver 18 Pf. Rote Grütze 10 Pf. Puddingpulv. 20 Pf. Backpulver 20 Pf. Fruchtgeleepulver 15 Pf. Kuchenwürstchen 9 Pf. Himbeersyrup 44 Pf. Mais-Kaffee 22 Pf. Armour's Extract 98 Pf. <b>Zuckerhonig 32 Pf.</b>	<b>Konserven.</b> Pflaumen 38 Pf. Stachelbeeren 50 Pf. Birnen 30 Pf. Heidelbeeren 32 Pf. Kirschen 62 Pf. Kaiser-Kirschen 68 Pf. Mirabellen 72 Pf. Reinektanden 58 Pf. Aprikosen 98 Pf. Aprikosen 55 Pf. <b>Junge Erbsen 34 Pf.</b> Junge Erbsen fein 55 Pf. Jg. Erbsen extra 68 Pf. Kaiserschoten 88 Pf. Erbsen mit Karotten 48 Pf. Gartenbohnen 55 Pf. Spinat 35 Pf. Pfifferlinge 68 Pf. Steinpilze 98 Pf. Karotten 58 Pf. Karotten 22 Pf. <b>Preisselbeeren 50 Pf.</b>	<b>Konserven.</b> Stangenspargel 95 Pf. Stangenspargel 18 Pf. Stangenspargel prima 135 Pf. Stangenspargel extra prima 150 Pf. Oelsardinen "Royal" 26 Pf. Oelsardinen "Aene" 45 Pf. Oelsardinen "Comitje" 55 Pf. Oelsardinen "Danner" 95 Pf. Oelsardinen "Bellfreres" 95 Pf. Oelsardinen "Berliner" 125 Pf. <b>Junge Schnittbohnen 26 Pf.</b> Anchovis Glas 26 Pf. Sardinen Glas 28 Pf. Appetit-Bild Dose 25 Pf. Anchovis-Paste Tube 28 Pf. Sardellen-Butter Tube 28 Pf. Capern Glas 22 Pf. Mixed Pickles 50 Pf. Majonaise Glas 70 Pf. Remouladen-Sauce Glas 90 Pf. Pfeffergurken 35 Pf. <b>Preisselbeeren 3<sup>25</sup></b>	<b>Diverses.</b> Heidelbeerwein Flasche 58 Pf. Johannisbeerwein Gl. 58 Pf. Apfelwein Flasche 35 Pf. Deutscher Sekt hochfein 295 Pf. Brätheringe Dose 42 Pf. Rollmopse Dose 42 Pf. Nering in Gelee Dose 35 Pf. Krabben Dose 45 25 Pf. Ant in Gelee Dose 42 Pf. Lachs in Dosen 88 48 Pf. <b>Weintrauben 14 Pf.</b> Weintrauben Reife 95 Pf. Kokosnüsse 20 Pf. Bananen 5 Stück 20 Pf. Paranüsse 30 Pf. Makronen 20 Pf. Tomaten 8 Pf. Zwiebeln 7 Pf. Trauben-Rosinen 85 Pf. Walnüsse 22 Pf. Frisch ger. Lachs 78 Pf. <b>Tafel-Aepfel 8 Pf.</b>	<b>Konfitüren.</b> Haushalt-Schokol. 68 Pf. Creme-Prallines 12 Pf. Likör-Bohnen 22 Pf. Kaiser-Konfekt 12 Pf. Gebr. Mandeln 20 Pf. Frucht-Himbeeren 15 Pf. Creme-Schokolad. 15 Pf. Schok.-Plätzchen 20 Pf. Riegel-Schokolade 15 Pf. Kokostlocken 10 Pf. <b>Kakao 78 Pf.</b> Marzipanbruch 8 Pf. Pfeffermünzbruch 8 Pf. Waffelbruch 17 Pf. Volksbisquit 8 Pf. Malzbonbons 10 Pf. Gem. Bonbons 7 Pf. Eiswaffeln 9 Pf. Schok.-Herzen 10 Pf. Nougat-Masse 20 Pf. Liebesperlen 15 Pf. Schokoladenmehl 15 Pf. <b>Blockschokolade 60 Pf.</b>
--	---	--	--	--	---

Schriftliche und telephonische Bestellungen werden der Reihe nach erledigt :: Fernruf Nr. 716.

# M. BÄR

Hochfeine deutsche Molkerei- Tafel-Butter 65 Pf.

Grosse Ulrichstrasse 54.

## Geröstete Kaffees

mit 10 Proz. Rabatt in Sparmarken.

Alle diejenigen Damen, welche noch nicht Gelegenheit hatten, unsere gerösteten Kaffees zu probieren, bitten wir, bei nächster Gelegenheit einen Versuch zu machen. Unsere Berliner Mischung, Hamburger Mischung Pfund 1 Mk., sind in diesen Preislagen das Beste und sind unübertroffen im Geschmack, Aroma und Ergiebigkeit. Bei Einkauf von halben und ganzen Pfunden gewähren wir 10 Proz. Rabatt in Sparmarken.

### Pottel & Broskowski.

## Kartoffeln zum Winterbedarf.

Empfehle als ganz vorzüglich haltbare Ware Magnum bonum, 4. Reut., up to date u. höchste Bederische zum billigsten Tagespreis, frei Haus.

Bestellungen nehme gern entgegen.

**O. Heller, Steinweg 32, Telefon 2179.**

## Hederlebener Ribensafft

neue Kampagne, soeben eingetr. empf.: Fr. Ross, Wedellstr. 9.

## Bettstelle

mit Matratze zu verkaufen. Landsbergerstraße 60, part. treth.

## Möbel:

Aleiderstraße 26 Nr. 1, Vertikales 35 Wl., Spiegel m. gerahm. Gl. 10 Wl., Sofas, Vertik., Matrassen, Tisch, Stühle, Kleidermöbel billig zu verkaufen. August Heise, Geißstr. 31.



## Frische Gänse und Hasen

Frisches ausgeglugertes Gänsefleisch mit Brat., Schmeer, Leber u. Wein. Hasen ganz und zerlegt, empfindlich.

**O. Heller, Steinweg 32, Telefon 2179.**

Neu! Sehen ersehen: Neu!

## Arbeiter-Notizkalender 1909.

Preis 0.60 Pf.

Zu beziehen durch alle Ansträger und die Volksbuchhandlung, Halle a. S., Post 42/43

## Hingerichtet

sind diese Woche alle Augen auf das Rosenprogramm des

## Hansatheaters

Rannischestr. 11, a. Franckeplatz.

## Droyssig.

Deutsches Haus.

Sonntag d. 18. Okt., nachmittags

## Enten-Ansagelein

im Freien. Hierzu ladet freundlichst ein

**Naumburg.**  
Buchdruckereiarbeiter-Verband.  
Sonntag den 18. Oktober abds. 7 1/2 Uhr im „Schwanen-Wald“ humoristische Unterhaltung mit Tanz.  
Eintrittskarten à 25 Pf. sind im „Adler“ zu haben.  
Freundl. ladet ein Der Vorst.  
Partei-Druckerei Volksbuchhandlung

## Kinematograph Teuchern

Gasthof zum Löwen.

Neu! Programm.

Anfang Sonnabend 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr, abends 8 Uhr.

## Kartoffeln.

Empfehle zum Winterbedarf 7. Distrikt, Thüringer magnum bonum. Das Beste was es gibt. 3a. Mehlwürter u. andere Sorten.

**Fr. Probst, Neurath 2257.**  
NB. Der Verkauf befindet sich nur noch im Alter Markt 6.

Kaufe Kanarienhähne, Weibchen, Export; ferne rottingende Hähne. Bitte sowie gute, nur Sonnabend dies. Mon. im Zentral-Hotel, am Markt.

**J. Tischler.**

## Fleisch- u. Wurst-Offerte.

Rudolfstr. 1. Ort. 11. 12. 20. 22. 24. 26. 28. 30. 32. 34. 36. 38. 40. 42. 44. 46. 48. 50. 52. 54. 56. 58. 60. 62. 64. 66. 68. 70. 72. 74. 76. 78. 80. 82. 84. 86. 88. 90. 92. 94. 96. 98. 100.

**E. Wehrmann, Wilmistr. 105.**

## Standsamtliche Nachrichten.

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3 a.), 15. Oktober.

**Aufgehoben:** Hal. Postaufseher Kaufmann u. Margarete Kaufmännin geb. Boed (Güterg. 10), Poststr. 8).

**Geblichungen:** Geschäfter: Radtwin und Anna Karoline (Germannstr. 19). Barbier: Kluge und Bertha Heide (Gatz 3).

**Schoren:** Schuhmacher Hansfeld 2, Leiffstr. 28). Pfeiffel: Schmidt Martin S. (Gartenbergstr. 18).

**Geftaben:** Amaliden Steinide (Geftrau, 62 F. Dehauerstr. 14).

Am Mittwoch abend 7 Uhr entlieh nach kurzem Jahren Leiden unter unheilbarster Gohn **Otto** im Alter von 8 Monaten. Dies zeigen tiefbetrubt an Weibe u. f. 15. Okt. 1908 Mühlberg 13.

Otto Köny nebt Frau u. Kindern.  
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 4 Uhr statt.

## Nachruf.

Am Mittwoch den 14. Oktober verchied nach längerer Krankheit unsere kleine, liebe Tochter **Selma Frida Schüller** Zeigen, den 14. Oktober 1908. In tiefer Trauer **Fernand Schüller u. Frau.**

**Dank.**  
Für die dankvolle Teilnahme beim Begräbnis unserer lieben Marthchen sagen wir allen lieben Berglichen Dank.  
Halle, den 15. Oktober 1908. **Robert Köhler u. Frau geb. Francke.**

## Tagesgeschichte. Ausland.

**Ungarn. Polizeibestien.** Ueber das Auftreten der Hundspeller Polizei anlässlich der letzten Wahl Demonstrationen liegen jetzt nähere Mitteilungen vor. Die Polizei darf auf ein großes Mißverhältnis vorbereitet. Die aus der Masse der Demonstranten abgehenden Schüsse, die niemanden getroffen haben, sind von Polizeisigeln abgefeuert worden. Sie gaben der Polizei das Signal zum Einmarsch.

Der Verhafteten wollte man das Gehörnis erpressen, daß ein von der sozialdemokratischen Partei eingeleitetes „Demonstrations-Orangierungsomitee“ einige Ausrüstungsgegenstände beschafft und in einer Metallwarenfabrik Eisenstücke bestellt habe, doch in den Gewerkschaften die Waffen verteilt wurden usw. Als die Verbörden all dies als unwahr, als unsinnige Erfindung erklärten, wurden sie von Detektivs mit Häuten, Schanzmessern und Gummischläuchen geprügelt, mit Riemen ins Gesicht geschlagen, einzelne wurden solange gemartert, bis sie das ihnen vorgelegte Protokoll unterschrieben. Am nächsten Tage wurden die Gewerkschaftsbeamten Wago, Wanius und Szarago sowie das Parteileitungsmittglied Zubrag Szarago zur Polizei gebracht; man wollte sie mit den krepeligen Gefährnissen der Ausrüstung zum Vorbereden, der Verteilung von Waffen überführen. Am schließlichen erging es dem Redakteur des Eisenbahnerfachblattes, Deßler Szarago, den die Detektivs, als er die Anschuldigungen abfuhr Unwahrscheinliche nannte, mit Häuten und Stöcken auf den Kopf und ins Gesicht schlugen. Szarago forderte den ihn verhörenden Kommissar auf, ihn vor Mißhandlungen zu schützen; die Antwort war, daß der Polizeisoldat aufsprang und den Verletzten ebenfalls ins Gesicht schlug. Die Marterung der Verhafteten ist auch amtlich festgelegt. Szarago, der auf dem Fußboden des Zimmers, in dem er verhaftet wurde, Wundflecke wahrgenommen hatte, die von den gemarterten Arbeitern herübertrugen, begab sich am nächsten Tage in Begleitung seines Verteidigers zum Oberabthauptmann, um gegen die Brutalitäten der Polizisten die Anzeige zu erstatten, und forderte die sofortige Augen-Entfernung der Wundflecken; deren Vorhandensein wurde denn auch — vierzig Stunden nach den Mißhandlungen — amtlich festgestellt. Daß es außer diesen Schicksalstricken feiger Polizeiwölfe noch Gausdurchführungen mit Verschlagnahme von Privatdokumenten und Privatbriefen gab, sei der Vollständigkeit halber erwähnt. In Großwardein verhaftete die Polizei am Mittwochabend mehrere Wahlrecht demonstrierende. Mittels Feuersprizen wurde über die Volksmenge eine Fluß Wasser ergossen, die sie auseinandertrieb.

**Frankreich.** Nach erfolgter demischer Untersuchung von Konferenzen für die Armees sind 43 Lieferanten von den ferneren Lieferungen ausgeschlossen, gegen mehrere von ihnen ist das Strafverfahren eingeleitet worden.

**Amerika.** Die Demokraten veröffentlichten eine Subskriptionsliste für die Präsidentschaftswahlen. Der Wahlfonds beträgt bereits 2 200 000 Dollars (rund 9 Millionen Mark).

## Kolonialfrage und Sozialdemokratie.

Am Mittwoch verhandelte die sozialdemokratische interparlamentarische Kommission in Brüssel über die Kolonialfrage. Anwesend sind noch die Genossen Ledebour, die belgischen Abgeordneten Burnemont, Pepin und Bauwens und der Senator Lafontaine.

Van Riel entwickelt seine schon in Stuttgart vertretene Anschauung. Die Auffassung der Partei bezüglich der Organisation und Verwaltung der Kolonien müßte geändert werden. Wie könnten wir z. B. den Eingeborenen das allgemeine Wahlrecht geben, da diese doch gar keine Idee von einer parlamentarischen Vertretung hätten? Ebenfalls lächerlich erscheine es, den Eingeborenen tropischer Länder ohne jeden Übergang unsere europäischen Theorien einpflanzen zu wollen; auch bezüglich des Unterrichts und der Justizpflege dürften wir uns nicht von unsern europäischen Auffassungen leiten lassen. Wie haben wir uns zu dem Bau und der ökonomischen Entwicklung der Eisenbahnen und der Industrie zu stellen? Alle diese Fragen und viele andere seien in gründlicher Weise zu studieren, wozu Van Riel eine Kommission von fünf Mitgliedern vorschlägt. Es müßte ein Kolonialprogramm ausgearbeitet werden, das allgemeine sozialistische Programm sei für die Kolonien unan-

wendbar. Er kommt nochmals auf das Wahlrecht zu sprechen und sagt, es gäbe in den tropischen Ländern Gebiete, wo der Eingeborene wochenlange Märsche zurücklegen haben würde, um sein Wahlrecht auszuüben. In unsern europäischen Programmen sei die Nachtarbeit verboten, in Indien sei eine intensive Arbeit nur des Nachts möglich.

Wollenbaur ist der Meinung, daß es nicht möglich sei, ein Programm aufzustellen, das auf alle Kolonien Anwendung finden kann. Die Verhältnisse in den verschiedenen Kolonien seien zu sehr voneinander abweichend. — Kautsky wendet sich gegen Van Rols Auffassung, daß unser Programm für die Kolonien nichts lauge. Das allgemeine Wahlrecht sei die Basis unserer demokratischen Doktrin und überall, wo es Sozialisten gibt, müssen diese für die Durchführung des Programms eintreten.

Ledebour befreit, daß der Stuttgarter-Kongreß irgend jemandem den Auftrag gegeben habe, ein Kolonialprogramm auszuarbeiten. Und wenn es auch geschehen wäre, so habe nicht eine interparlamentarische Konferenz, sondern nur ein internationaler Kongreß diese Frage zu entscheiden. Ledebour erklärt es für einen historischen Irrtum, wenn Van Riel behauptet, das allgemeine Wahlrecht habe noch vor 300 Jahren in keinem der abendländischen Staaten existiert. Die Volksvertretung sei von dem Despotismus, so z. B. in der Schweiz und in Rußland vernichtet worden. Es sei leicht, lächerliche Beispiele von der Anwendung des allgemeinen Wahlrechts beizubringen. Daher könne aber nicht das Recht hergeleitet werden, allen Völkern das Stimmrecht zu entziehen, wo es durch Korruption und Mißhandlungen gestiftet werde. Warum verlangt Van Riel, daß wir das Programm der Zwangsarbeit studieren? Ist er Anhänger derselben, oder verurteilt er es, wie alle Sozialisten? Wäre er uns das sagen. Wir verwerfen die Kolonisation prinzipiell nicht, wenn der Ausbruch seine Anwendung findet auf Staaten, wo eine zivilisierte Bevölkerung ihr nationales Selbstbestimmungsrecht besitzt, sondern dann, wenn es sich um Gebiete mit ihren Eingeborenen handelt, die durch europäische Priganbauge erobert worden sind. Aber diese Stellungnahme sei darum nicht gänzlich negativ. Ledebour erteilt dann, in welcher Weise die deutsche Sozialdemokratie im Reichstag für die Eingeborenen eintritt. Kautsky und Ledebour bekräftigen wiederholt die Kompetenz der interparlamentarischen Kommission. Zum Studium der Frage brauche man keine Kommission, sondern jeder soll in seinem eigenen Lande das Programm studieren, um es auf dem nächsten Kongreß zur Entscheidung zu bringen. Schließlich einigte man sich auf den Vorschlag des Genossen Wollenbaur, wonach Van Riel dem Internationalen Bureau eine Denkschrift zu unterbreiten hat, in der er seine Argumente niedersetzt. — Die gestrige Sitzung hat sich mit der Arbeiter-Versicherungs-Gesetzgebung befaßt.

## Bur Revolution in Rußland.

Den russischen Genossen ausgeliefert

hat bekanntlich die Schweiz den flüchtigen Waffilieu. Ueber das Schicksal des langjüchlichen Berichterstatter ist ein Freund aus Bern an einen gemeinsamen Bekannten in Vorgesang am Genfer See:

„Waffilieu wird hier in einer der „gehobenen“ Stellen des Regierungsgeschäftes gefangen gehalten. Es ist dies ein feinsinniger und dummer Kellner. Die Zeit herein ist derpestet, sichtlich da herbeise halt ganz mit Schaffellen gefüllt ist, die einen durchdringenden Gestank verbreiten. Waffilieu wird nie im Hof des Gefängnisses spazieren geführt. Die Familie Waffilieu hat vom Chef des Gefängnisses die Erlaubnis zu Spaziergängen im Hof verlangt; der Chef fandte die Petition an den Inspektor und dieser an den Direktor; aber getan wird nichts. Waffilieu bleibt in seinem Gewölbe und erstickt fast. Seit er hier ist, erstickt er nur ein einziges Mal Wäsche, weshalb das Ungeheuer ihm das Leben zur Qual macht. Die Administration des Gefängnisses verweigert hartnäckig die Erlaubnis zum Tragen seiner eigenen Wäsche. Bücher und Korrespondenz sind ihm unterlagt.“

W. Waffilieu und seine Frau wollten die gefestigte Anerkennung ihrer Ehe verlangen; aber nicht einmal dies ist bis jetzt möglich gewesen und man gestattet der Frau Waffilieu den Besuch ihres Gatten nicht, solange ihre Ehe von der Kirche nicht eingeleget ist.

Seit mehr als zwei Wochen hat seine Mutter, der das Recht

zum Besuche zuweist, keine Nachricht mehr von ihrem Sohn erhalten können. Seit dem letzten Besuche konnte man nur noch in Erfahrung bringen, daß er sich das Leben nehmen wollte durch Erhängen. Man konnte ihn jedoch noch rechtzeitig unternehmen. Die ganze Stadt spricht davon. Und es gibt nicht einmal ein Mittel, um unserer Sorge ein Ziel zu setzen. Oh! Welche Folterqualen hat man erlitten, um ihn so weit zu bringen? Man weiß nicht! Die Mauer unserer Gefängnisse sind schweigend wie das Grab!

Ich schreibe Ihnen dies, verehrter Herr, weil ich weiß, welche Freude Sie hegen. Sie sind Bürger des Landes, welches Waffilieu ausgewiesen hat an Rußland. Ich bitte Sie, etwas zu tun, um uns zu Hilfe zu kommen; vielleicht indem Sie das Mitgeteilte an die Presse leiten. Um Sie, das das Herz Ihnen einigt, aber tun Sie etwas! Wir sind ohnmächtig hier. Es müssen in welchem Maße und können uns an niemand wenden, ausgenommen an Sie. Ungeduldet des Vergangenen hoffen wir, daß die Schweiz es nicht zuläßt, daß derart mit dem Wanne verfahren wird, an welchen sie immer noch ein gewisses Recht hat. Wir hoffen, daß die Schweiz sich für ihn verzeihen wird. Wir haben die Gewißheit, daß Sie unsern Appell nicht unbeantwortet lassen werden und versichern Sie unserer Hochachtung! —

Diese ergreifende Schilderung des entsetzlichen Schicksals Waffilieu's ist eine furchtbare Anklage gegen die Weichheit des schweizerischen Bundesgerichts und die Schweiz überhaupt, die sich zu Mißthaten an den Verbrechen der russischen Zensur-Investe machten. Sie sollte es nun als ihr Pflicht erachten, in Rußland zu reklamieren und anständige Behandlung für Waffilieu zu fordern.

## Halle und Saalkreis.

\* Halle, den 16. Oktober.

### Ein Reformgymnasium in Halle?

Den Stadtobernuten ist von Seiten des Kuratoriums des städtischen Gymnasiums und der städtischen Oberrealschule ein Antrag zugegangen, ab Oftern 1909 ein Reformgymnasium zu errichten und zu eröffnen und zwar vorläufig mit zwei Segten und einer Quinta. Hierzu wäre die Anstellung von drei neuen Oberlehrern und eines Elementarlehrers notwendig. Das Reformgymnasium soll vorläufig dem Direktor des Stadtgymnasiums unterstellt werden, zu dessen Beihilfe nur ein Anzeigehilfe notwendig sei, wozu 6000 Mk. als Vergütung verlangt werden. Das Reformgymnasium soll vorläufig in den jetzt leerstehenden Flügeln neben der Turnhalle des Gymnasiums, untergebracht werden, doch sei bis 1913 ein Schulgebäude mit 18 Klassen und den erforderlichen Nebenräumen zu erbauen.

Begründet wird dieser Antrag vom Stadtschulrat Wendel folgendermaßen:

Das Wachsen der Stadt und die damit verbundene Schülerzahl zwang schon vor Jahren an die Zukunft der höheren Lehranstalten zu denken, um so mehr, da der Staat es abgelehnt habe, ein Realgymnasium zu gründen. Die anderen höheren Lehranstalten seien aber so entwidelt, daß eine Vermehrung der Klassen unumgänglich erscheine. Das Stadtgymnasium zähle mit der Vorstufe 29 Klassen, die Oberrealschule 19 Klassen. Die Einwohnerzahl habe sich in den letzten zehn Jahren um 39,68 Prozent vermehrt, aber neue höhere Lehranstalten seien nicht errichtet worden. Auch der gemährte Zuschuß zu den einzelnen Lehranstalten sei nicht in gleichem Verhältnis gewachsen. Denn der Zuschuß betrug 1898 für die höheren Lehranstalten 119 038,88 Mk., 1907 aber 190 928,27 Mk. oder 60,39 Prozent mehr, für die Mittelschulen hingegen Zuschuß von 95 472,50 Mk. (1898) auf 279 457,39 Mk., das heißt um 192,71 Prozent, der Zuschuß für die Volksschule aber betrug 1898 463 717,74 Mk. und stieg 1907 auf 1 136 224,06 Mk. oder um 145,02 Prozent.

Daraus allerdings ein zwingender Grund für Errichtung eines Reformgymnasiums zu machen, ist nicht stichhaltig. Wenn auch die prozentualen Zuschüsse für die Volksschulen sehr hoch ausfallen, so betragen sie für die höheren Lehranstalten fast noch einmal soviel, wenn man sie pro Kopf berechnet. Darnach wiesen die höheren Lehranstalten (Gymnasium, Oberrealschule, höhere Mädchenschule) im vergangenen Jahre 1907 Schüler auf. Bei obigem Zuschuß betrug er also pro Kopf abgerundet 95,60 Mk., die fünf Mittelschulen hatten 4529 Schüler, der Zuschuß betrug demnach abgerundet 61,70 Mk. pro Kopf. Die 27 Volksschulen (inkl. einer katholischen) hat-

# Morgen Sonnabend

## Schlusstag

unserer 90 Pfg.-Woche.

# Mussbaum's

# 90 Pfg.-

# Woche

Benutzen Sie diese letzte billige Kaufgelegenheit.

In allen Spezialabteilungen neue Zusammenstellungen von 90 Pfg.-Artikeln.

der über eine Schlichtung von 19 674, so daß nach dem geleisteten Aufschuß derselbe nur 5 775 M. pro Kopf beträgt. Genau so ist das Verhältnis der Kopfzahl in den einzelnen Klassen. Die Volksschulen haben insgesamt 390 Klassen oder 59 4 Schüler pro Klasse, die Mittelschulen 116 Klassen oder 34 Schüler pro Klasse, die höheren Lehranstalten haben aber 66 Klassen, so daß auf jede nur 30,3 Schüler kommen. Je weniger Schüler, desto einseitiger kann sich der Lehrende mit dem Bemühen beschäftigen. Die höheren Lehranstalten stehen also trotz der angeblichen höchsten Beschäftigung fast noch einmal so gut da im Gegensatz zu der Masse des Volkes, die die Volksschule besuchen muß.

Aber die Errichtung des Reformgymnasiums soll der Stadt gar keine neuen Opfer auferlegen, wenigstens nicht die ersten beiden Jahre, die Ausgaben würden vielmehr durch das Schulgeld gedeckt. Aber auch das ist nicht recht glaubhaft. Denn die Rechnung wird in der Regel anders. Und im Jahre 1911 wählten der Stadt durch Einrichtung der oberen Klassen, Anstellung eines Direktors und Erbauung eines eigenen Gebäudes ganz enorme Kosten erwachsen.

Nun sind wir absolut nicht gegen Errichtung höherer Lehranstalten. Im Gegenteil. Aber so lange durch das hohe Schulgeld den armen Kindern bei aller Intelligenz der Besuch dieser Schulen verweigert ist, und so lange die große Masse des Volkes in den Volksschulen noch ganz ungenügend unterrichtet wird, verlangen wir in allererster Linie Ausbesserung des Volksschulwesens in weitgehendstem Maße.

### Unsere Großstädte nach ihren Geburten und Todesfällen.

Eine verdienstvolle Zusammenstellung hat Dr. Karl Singer im Statistischen Amt der Stadt München unternommen, nämlich der Geburten und Sterbefälle in deutschen Groß- und Mittelschritten in dem Zeitraum von 1891 bis 1906. Zu dieser statistischen Erhebung sind 282 Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern, darunter nur zwei außerdeutsche, nämlich Wien und Zürich, mit einer Gesamtbevölkerung von etwa 16 1/2 Millionen herangezogen worden. Bei der Betrachtung der einzelnen Daten ist zunächst die teilweise starke Abnahme der Geburtenziffer in die Augen fallend, die z. B. in Halle von 88,3 v. Z. auf 82,7 v. Z. abgenommen ist. Von anderen deutschen Großstädten fand sie im Berlin von 82,4 auf 74,9, in Hamburg von 88,6 auf 75,9, in Leipzig von 40,6 auf 28,9. Dagegen ist die Geburtenziffer annähernd auf gleicher Höhe geblieben in süd- und süddeutschen Großstädten, wie Straßburg, Karlsruhe, Stuttgart, Frankfurt a. M., Nürnberg usw. Auffallend hoch sind die Geburtenziffern in den mit slawischer Bevölkerung durchsetzten industriellen Orten, wie Wodum mit 44,3 v. Z., St. Petersburg mit 47,0, Gelsenkirchen mit 49,5, Werdau mit 53,0 usw. Der Uebererschuß der Geburten über die Sterbefälle war am höchsten in Gelsenkirchen mit 30,3, am niedrigsten in Braunschweig mit nur 8,1 v. Z. Die Sterblichkeitsziffer zeigt besonders in einigen Großstädten einen recht bemerkenswerten Rückgang, so in Breslau von 29,2 auf 21,2 v. Z., in Genuin von 29,0 auf 18,7, in München von 27,6 auf 18,0, in Hamburg von 23,4 auf 15,3, in Charlottenburg von 20,1 auf 12,1 usw. In diesen Ziffern findet man die schweren Opfer ausgedrückt, die von den Städten für Kanalisation, Wasserleitung, Parks, Plätze und sonstigen Wohlfahrts-einrichtungen gebracht worden. In Halle fand die Sterblichkeitsziffer in demselben Zeitraum von 23,9 auf 22,0 pro Tausend. In der Statistik genannte durchgehende Kanalisation dürfte auch hier noch einträgliche Resultate ergeben. Die Säuglingssterblichkeit beträgt allerdings noch vielfach über 20 v. S., aber auch hier ist ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Von der Herabminderung der Zahlen der an Lungen- und Nierenkrankheiten starben, sagt Singer: „Die Daten liefern einen erfreulichen Beweis von den Erfolgen, die im Kampf mit der Tuberkulose in den letzten Jahren erreicht wurden.“ Ebenso ist die absolute Zahl der verstorbenen Lungen- und Nierenkranken im ganzen trotz der Zunahme der Einwohnerzahlen zurückgegangen. In 62 Städten mit 10,2 Millionen Bewohnern starben 1893 30 786 Personen an Tuberkulose, dagegen 1906 in 82 Städten mit 16,5 Millionen Einwohnern nur 30 866 Personen. Es ist zu wünschen, daß die niedrigeren und doch besüßenden Ziffern der Geburten und Sterblichkeitsziffern deutscher Städte als ein Anreiß wirken mögen, in den Werken der Gesundheit und Verschönerung unserer Städte, in den Arbeiten zur Erhaltung und Steigerung der Lebensfähigkeit und Tüchtigkeit ihrer Bewohner nicht zu erlahmen. Solch ein Appell wird sehr wirksam sein, wenn man hinzusetzt, daß die Sicherheit aller materiellen Güter nur durch die Gesundheit des Volkes bedingt ist.

### Der gestrige Nachtbildwetter.

der vom Bildungs-Anschuß veranlaßt war, hatte eine zahlreiche Besucherzahl angezogen. Ingenieur Wehne n. s. g. isterte in kurzen Zügen zunächst die geographischen und klimatischen Verhältnisse der Insel Sadohira, die ein natürliches Gefäß darstellt, das sich auf dem Meeresspiegel erhebt. Dann ging er ausführlicher auf das Uebel der hiesigen Strömung ein, die teils wegen politischer Vergehen teils wegen anderer Verbrechen von der Baronsin mit jener Insel verbannt worden, die den größten Teil des Jahres in Schnee und Eis verhüllt ist. Alle Schreden der hiesigen Natur sind nichts gegen die Greuel und Qualen, denen die unglücklichen Opfer einer barbarischen „Nacht“-Pflanze ausgesetzt sind. Es werden in Ketten an Karren geschnitten, das Kopfhaar wird ihnen rasiered, die Brustgegend kommt bei dem geringsten Vergehen durch zahllose Prügel und Weilschläge zur Anwendung. Die fürchterlichsten Zustände in den verschiedenen Gefängnissen führen naturgemäß dazu, daß Wächter und Bediente verfallen. Der Vortragende führte aus seinen eigenen Erlebnissen geradezu grauenerregende Einzelheiten über die Behandlung der Sträflinge durch die entmenschten Beamten, über die gaulische Selbsthülfe der Gefangenen an Verrätern aus ihren Reihen und an verschickten Wutanden der Verwaltung vor. Er schilderte ferner, wie Gefangene durch die Entbrennungen, zum Kannibalismus getrieben wurden. Es würde zu weit führen, alle die erschütternden Einzelheiten hier wiederzugeben, jedenfalls wird aber jeder Hörer den Eindruck davongetragen haben, daß das gegenwärtig in Russland herrschende Regime mit all seiner Vorterrordlichkeit und Bestialität weit ist, zurückgesetzt zu werden, es wird auch begriffen haben, wie der Terrorismus von oben den Terrorismus von unten hervorruft.

Eine Anzahl Besucher machte sich an die etwas schwerwiegendlichen Ausdrücke des Deutschen durch den Vortragenden gehalten haben, der als Ausländer unsere Sprache natürlich nicht so beherrschte wie ein Deutscher. Wer aber versteht, nicht bloß den Schall der Worte sondern auch die warmen Herzensstimme zu empfinden, der wird auch aus diesem Vortrag trotz seiner formellen Mangelhaftigkeit Gewinn gezogen haben. Die Vorträge kamen, da für sie der Saal etwas zu groß war, anfänglich nicht recht klar und deutlich zur Geltung. Die Wiederholung der Wörter am Schluß oder aber vor dem, das alle Einzelheiten erkannt werden konnten. Alles in allem, es war ein Vortrag, der, rein äußerlich betrachtet, mancherlei zu beanstanden gab, aber, was seine Eigenart und seinen inneren Gehalt anbetrifft, jedem deutschen Arbeiter sehr viel gesagt hat.

Die Stadtratsbesitzung nächsten Montag weiß wiederum eine magere Tagesordnung an. Die Ausdehnung eines Landstreifens aus Rietleben für nur so formale Bedeutung, da die Stadt das Land bereits besitzt. Ein Nachtrag zum Ortstatut über Anlage von Straßen und Wäldern in unserer Stadt bringt gleichfalls nur geringe Veränderungen. Es folgen dann noch unbedeutende Landveränderungen und der Verkauf des Grundstückes Gauschstraße 65. Die Errichtung zweier unterirdischer Verteilungssituationen muß bedingt durch die größere Anbauvernahme des Elektrizitätsnetzes. Die geschlossene Sitzung soll sich beschäftigen mit der Anstellung eines Politischen, eines Bureaugehilfen und eines Steuerbeobachters sowie mit der Wahl eines Schiedsmanns-Stellvertreters in 4. Bezirk und eines Erlösmannes für den Delegierten zur Versammlung der landwirtschaftlichen Berufs-genossenschaft.

Sozialdemokratischer Verein. Der 6. Bezirk hält heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Meeting in der Zentralhalle, Völkbergweg 23, der 12. Bezirk am Dienstag, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant von Köpcke, Dautberg, eine Besprechung ab, zu der alle Mitglieder zu erscheinen, ermahnt werden.

Arbeitervereine. Am Mittwoch nachmittags 4 Uhr veranlaßte in der Fabrik von Wollschuß u. Bernhard, Wörmitzstraße 7, der Wollschußarbeiter-Fachverband, die ihm in diesem Punkt die Arbeitseinstellung geteilt, die im Winterhüben der drei mittleren Ringer all abhänkt. Der Veranlaßter mußte nach der Klinik gebracht werden. Gestern, Donnerstag, nachmittags gegen 3 Uhr, stürzte auf dem Neubau des Herrn Dr. Krause, Weinstraße 14, infolge Ausbleibens der Leiter der Mauerwerke ein Wehler aus fünf Meter hoch ab und schlug schwer auf die Treppenstufe auf. Der Verunglückte, trotz erheblicher Verletzungen, konnte aber, allem Anschein nach, auch innere Verletzungen, davon.

Seinen Verletzungen erliegen ist der Arbeiter John, der in Teufelshof von seinem eigenen Wagen überfahren und der erlittenen schweren Verletzungen halber in die hiesige Klinik gebracht worden war.

Wegensicht wurde der auf der Straße Halle-Weißig über-fahrene und furchbar zerstückelte Mann aus der Landwehr Artur Ebert von hier. Ob Unachtsamkeit oder Selbstmord vorliegt, konnte nicht festgestellt werden.

Vom Tode errettet wurde durch die Schiffer Wölffig und Thiele ein sechsjähriger Knabe, der beim Spielen am Wälder-Schiffbrücken in die Gasse gefallen war.

Joh. Heim, die Erziehungsanstalt Charlottenberg, hatten zwei 15- und 16-jährige Böglinge verlassen und hatten sich nach hier gewandt, wo sie aber bald wieder gefangen wurden.

Schützen haben in der Volkshalle einen guten schwarzen Hut geföhren. Andere hatten Appetit auf Süßbraten und haben deshalb aus einem Stalle auf der Talstraße sechs Hühner geföhren.

Wittchen Buch-Abend. Der gestern in den Kaiserfelsen ab-gelohnte Wilhelm Buch-Abend erzielte ein sehr zahl-reiches Besuchs. Die vom Registrator Herrn Schacht in Ver-ständnisvoller Weise zum Vortrag abgedruckt humorvollen Dich-tungen wurden von Frau Schacht durch eine große Anzahl recht gelungener Vorträge trefflich illustriert. Das Vagen, sowie der gependete Besuchs, konnten nach dem Vortrag den An-wesenden einige frohe Stunden verschafft haben.

Aus dem Bureau des Stadttheaters. Es sei nochmals auf die Premiere von Wiegands neuem Schauspiel Thalesa Bronkema aufmerksam gemacht, die kommenden Sonnabend stattfindet. Für die Volks-Vorstellung am Sonntag nachmittags ist eine Spielplan-Veränderung durch schwere Erkrankung des Herrn Rebel notwendig. Es muß an Stelle von Der Richter von Schindler das Stück Die Waise kommen. Die Ver-kauften Karten werden auf Wunsch an der Kasse zurückge-gewonnen. Die Vorstellung beginnt um 3 Uhr. Abends 7 1/2 Uhr gelangt Carmen zur Aufführung. Die Besetzung ist die gleiche wie feinerzeit bei der Reueinstudierung. Neuf ist der Herr Irma Kalliohede, die in der Rolle der Wicela zum ersten Male die Bühne betritt.

Aus dem Bureau des Ballhaus-Theaters. Auf den heute beginnenden neuen Spielplan sei nochmals hingewiesen, desal, auf das verlängerte Gastspiel der Sängerin Viola Willan.

Das Ganja-Theater, Rannischstraße 11, am Franzosen, bietet neben geschicktem Gesang auch noch flimmerreiche Bilder, jedoch der Besuch nur zu empfehlen ist. Ab heute neues Programm, wobei der humoristische Teil reichlich vertreten ist. Aber auch die dramatisch bewegte Handlung, sowie kolorierte Bilder werden dem Zuschauer vorgeführt. Wer reiten will, kann im Geiste die Reite durch Saoyen in Natur-Aufnahmen mitmachen. Da das Ein-trittsgeld sehr billig gestellt ist, wird sich mancher Familienvater den Luxus eines Theaterbesuches erlauben können.

Patentkass. Bearbeitet auf Grund amtlicher Quellen vom Patentbureau des Ingenieurs Paul Halle, Halle a. S., Verles-strasse 161. Erstes Patent Nr. 154 288 801. 2. Patent Nr. 154 288 802. 3. Patent Nr. 154 288 803. 4. Patent Nr. 154 288 804. 5. Patent Nr. 154 288 805. 6. Patent Nr. 154 288 806. 7. Patent Nr. 154 288 807. 8. Patent Nr. 154 288 808. 9. Patent Nr. 154 288 809. 10. Patent Nr. 154 288 810. 11. Patent Nr. 154 288 811. 12. Patent Nr. 154 288 812. 13. Patent Nr. 154 288 813. 14. Patent Nr. 154 288 814. 15. Patent Nr. 154 288 815. 16. Patent Nr. 154 288 816. 17. Patent Nr. 154 288 817. 18. Patent Nr. 154 288 818. 19. Patent Nr. 154 288 819. 20. Patent Nr. 154 288 820. 21. Patent Nr. 154 288 821. 22. Patent Nr. 154 288 822. 23. Patent Nr. 154 288 823. 24. Patent Nr. 154 288 824. 25. Patent Nr. 154 288 825. 26. Patent Nr. 154 288 826. 27. Patent Nr. 154 288 827. 28. Patent Nr. 154 288 828. 29. Patent Nr. 154 288 829. 30. Patent Nr. 154 288 830. 31. Patent Nr. 154 288 831. 32. Patent Nr. 154 288 832. 33. Patent Nr. 154 288 833. 34. Patent Nr. 154 288 834. 35. Patent Nr. 154 288 835. 36. Patent Nr. 154 288 836. 37. Patent Nr. 154 288 837. 38. Patent Nr. 154 288 838. 39. Patent Nr. 154 288 839. 40. Patent Nr. 154 288 840. 41. Patent Nr. 154 288 841. 42. Patent Nr. 154 288 842. 43. Patent Nr. 154 288 843. 44. Patent Nr. 154 288 844. 45. Patent Nr. 154 288 845. 46. Patent Nr. 154 288 846. 47. Patent Nr. 154 288 847. 48. Patent Nr. 154 288 848. 49. Patent Nr. 154 288 849. 50. Patent Nr. 154 288 850. 51. Patent Nr. 154 288 851. 52. Patent Nr. 154 288 852. 53. Patent Nr. 154 288 853. 54. Patent Nr. 154 288 854. 55. Patent Nr. 154 288 855. 56. Patent Nr. 154 288 856. 57. Patent Nr. 154 288 857. 58. Patent Nr. 154 288 858. 59. Patent Nr. 154 288 859. 60. Patent Nr. 154 288 860. 61. Patent Nr. 154 288 861. 62. Patent Nr. 154 288 862. 63. Patent Nr. 154 288 863. 64. Patent Nr. 154 288 864. 65. Patent Nr. 154 288 865. 66. Patent Nr. 154 288 866. 67. Patent Nr. 154 288 867. 68. Patent Nr. 154 288 868. 69. Patent Nr. 154 288 869. 70. Patent Nr. 154 288 870. 71. Patent Nr. 154 288 871. 72. Patent Nr. 154 288 872. 73. Patent Nr. 154 288 873. 74. Patent Nr. 154 288 874. 75. Patent Nr. 154 288 875. 76. Patent Nr. 154 288 876. 77. Patent Nr. 154 288 877. 78. Patent Nr. 154 288 878. 79. Patent Nr. 154 288 879. 80. Patent Nr. 154 288 880. 81. Patent Nr. 154 288 881. 82. Patent Nr. 154 288 882. 83. Patent Nr. 154 288 883. 84. Patent Nr. 154 288 884. 85. Patent Nr. 154 288 885. 86. Patent Nr. 154 288 886. 87. Patent Nr. 154 288 887. 88. Patent Nr. 154 288 888. 89. Patent Nr. 154 288 889. 90. Patent Nr. 154 288 890. 91. Patent Nr. 154 288 891. 92. Patent Nr. 154 288 892. 93. Patent Nr. 154 288 893. 94. Patent Nr. 154 288 894. 95. Patent Nr. 154 288 895. 96. Patent Nr. 154 288 896. 97. Patent Nr. 154 288 897. 98. Patent Nr. 154 288 898. 99. Patent Nr. 154 288 899. 100. Patent Nr. 154 288 900.

Wollschuß-Wärmel. 15. Oktober. Am vergangenen Sonntag sah sich die Volksmassion veranlaßt, nochmals an die In-haber der beiden Lokale in Wörmitz heranzutreten mit dem Ersuchen, ihre Lokale der Arbeiterzunft zu Vermietungen usw. zur Verfügung zu stellen. Herr Eise konnte aber wollte der Kommission jedoch keine Abgabe geben. Er hätte ver-schieden die Vorreden, die er dem ihm die Angelegenheit entgegen mit-de-um, die bei allen Vorkäufen läßtlichen Aussehen. In Nr. 6 des G a f h o f am der Kommission der Zeiger auch noch groß ent-gegen. Auf deren beherrschende Anfrage bekam sie eine glatte Abgabe und suchte diese dadurch zu „beweisen“ daß nach seiner Auffassung Arbeiterzunft und Sozialdemokratie etwas ganz anderes seien. Parteigenossen, ihr sehr, wie ihr von den Wärdern behandelt werden. Jedes G e n o f f e n B l i c k ist es, sich mit seinem Verhalten danach zu richten und nur in sol-chen Lokalen zu verkehren, welche der Arbeiterzunft, gleichviel welcher politischen Richtung sie angehört, anstandslos zur Ver-fügung gestellt werden. Dieses all, namentlich auch für die Kom-mission, hat Firmeser, usw. Da werden die Wärdern den Unterstich nicht entlassen lassen, sondern lebhaft ihr Geschäft machen wollen. Parteigenossen, sehr euch die Ori-entation und Städte an, wo die Arbeiterzunft durch geschloss-ene Anstreben erreicht hat, daß die Lokale der Arbeiterzunft sämtlich zur Verfügung stehen. Jedoch auch die G e n o f f e n B l i c k in S a d e m i t t e n i e r Z e i t u n g e n, die die Wärdern nicht dadurch überführen machen, daß sie Sonntag bei ihren Aufträgen lokale füllen, wo man uns keine Rechte gewährt. Nachdem Genossen, ist Kolonialist!

Wochan. 15. Oktober. Der auf Grube Henriette verhängte Arbeiter Streik aus Ragnitz, über dessen Unfall wir in Nr. 238

Berichten, konnte sich nicht noch abgeben werden. Die Ver-mietung in unserem Bericht, daß er überhaupt gerettet werden könne, hat sich nun bestätigt. Die Arbeiter zur Bergung der Zeiger wurden vielmehr jetzt auf vier Wochen ganz eingestell-t werden, damit sich das Gebirge erst „lebe“. Die schwer erkrankte Frau des Bergmannes befindet sich trotz des schweren Schicksals-tages auf dem Wege der Besserung.

## Gerichtssaal.

### Strakamäer.

Halle a. S., den 15. Oktober.

Verfänger: Landgerichts-Direktor Sch ub e r t; Ankläger: Anwalt G e r d t.

Ein Schabernackhieb wurde in der Region eines Wärdigen Schreiberlehrlings wegen Unförmlichkeit, um Hausbewohnern Schaden zuzufügen, und wegen Weich-herzigkeit unter Anklage. Der Junge soll sich seiner Mutter und seinen Brüdern gegenüber sehr reich benehmen. Er nennt seine Mut-ter meistens Kindvieh, wie eine Zeugin sagte. Und wenn er dann Kritik bekommen soll, läßt er das Weiser. Durch die Zeit mit derartigen Anklagen, die er Frauen unter den Zeugen ausgehoben habe, soll er in dem Hause nicht mehr sein, viel Unheil angerichtet haben. Schließlich soll er durch zwei unfrankierte Postkarten falsche Bestellungen und Konfusion an-gerichtet haben. Eine junge Witwe erhielt eines Tages eine Karte mit der Aufschrift: An die Kupferin usw. Der Ueber-bringer der Karte von einem Ehebetreuer war so tolllos, der Frau die Frage vorzutragen: Sind Sie vielleicht die Kupfer-in usw. Der junge Bursche benahm sich in der Verhandlung ziemlich dreist und stellte mit Entschiedenheit in Abrede, die Karten geschrieben zu haben. In seiner Familie mangelt es an der Erziehung; ein Bruder von ihm befindet sich be-reits in Fürstorgehung; sein Vater ist tot. Der Sachver-ständige legte aber nicht den geringsten Zweifel, daß die Karte von dem Karten unbedingend von dem Land des Ange-klagten herührt. Antragsurteil: drei Monate Gefängnis, das Urteil lautete auf zwei Monate; jedoch wurde dem An-geklagten in Aussicht gestellt, falls er sich gut führe, werde die Strafe nicht vollzogen. — Wir können auch nicht annehmen, daß der Junge durch die Verurteilung der Strafe gebessert würde.

Ein Pseudo-Kriminalpolizist. Ein hiesiger 43jähriger Mann hat mehrfach in Reims, abends auf dem Straten nach Unförmlichkeiten herumzuschweifeln. Dabei wurde er sehr gern mit jungen Mädchen an, denen er in lebenswün-diger Weise gute Ratschläge erteilen will. Besonders spielt er sich gern als Kriminalbeamter auf, insoweit er bereits zweimal wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung, aus-gelehrt mit einem Jahre und drei Monaten Gefängnis, vorbehaftet mit einem Gefängnis von 15. Juni machte er sich auf der Friedländerstraße, um allein des Weges gehendes Gefängnis-ruhen, entgegen der Plann: „Nicht nehme ich Sie an die Kette, denn ich bin selbst Polizist, sogar Kriminalbeamter.“ Dabei knöpfte er seinen Rock auf und tat so, als wollte er sich legitimieren. In diesem Augenblick näherte sich aber ein Polizeibeamter, der die Hilfeleistung des Wärdigen gehört hatte und der Wärdiger ließ weg. Ein Landwehrwärdiger stellte den Mann fest und dem nachteiligen Wärdigen nahm ihn fest. Der Angeklagte, der am 29. September in Haft genommen worden ist, weil er sich zu dem am 19. September festge-setzten Termin nicht gestellt hat, erklärte, er müsse am betreffen-den Abend summas betrunken gewesen sein, denn sonst hätte er den bunnen Streich nicht gemacht, zumal er aus Straf-ung will, wie solche Sachen bestraft wurden. Nach den An-gaben der Zeugen war der Angeklagte aber bei dem Gefäng-nis nicht summas betrunken gewesen. Der Staatsanwalt bean-tragt gegen ihn ein Jahr Gefängnis. Das Urteil lautete auf ein Jahr und einen Monat solcher Strafe. Der Angeklagte würde sich besser für eine Geldstrafe, als für das Gefängnis eignen.

Wegen schweren Diebstahls wurde eine 15-jährige Arbeiterin bedingt zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Sie hatte einer Hauswäscherin mittels falschem Schlüssel einen Geldbeutel von 62 M. aus der Wohnung entwendet.

## Sößtengeriöl

Ein unfähiger Fahrer. Ein wegen Robbitt-dellen öfter vorbestrafter Geschäftsführer von hier fuhr eines Tages mit einem zwispännigen unbedakten Kollwagen von Beelen her in talendem Galopp auf einen Galteplatz der elektrischen Fernbahn zu. Trotzdem dort Leute standen, die auf die Bahn warteten, maßigte der Mensch kein Tempo ein. Ein älterer Arbeiter wurde von einem der Werke umgeritten und unter ein Vorderrad des Kollwagens geworfen. Nach Ansicht mehrerer Augenzeugen des Vorfalles mußte der Arbeiter nur durch einen beladenen Esel, den er auf dem Rücken trug, vor dem Schicksal bewahrt, folgenzahn zu werden. Immerhin waren seine Verletzungen noch erheblich genug, denn er war infolge eitlerer Wundheilungen und Hautabschürfungen, 1 1/2 Wochen bettlägerig und kann noch jetzt nicht arbeiten. Nach dem Unfall fuhr er Geschäftsführer, ohne ihn am sein Gesicht zu können, allig davon. Auf die Entschädigung der Umfahrungen tief er vier Wochen; kommt doch, wenn ihr was wollt!“ Sein Name konnte nur dadurch festgestellt werden, daß einer der Umfahrenden den roten Pa-ton bereits kannte. Auch vor Gericht verteidigte sich der Mensch sehr unverdächtig. Der Amtsanwalt bemerkte, der Angeklagte habe sich einer Fahrlässigkeit schuldig gemacht, wie sie größer gar nicht sein kann, werden kann. Das Gericht abtete die rohe Tat antragsgemäß mit einer Gefängnisstrafe von vier Wochen.

## Volkswirtschaftliches.

Eine Eröwerung für deutsche Patentinhaber. Nach dem neuen englischen Patentgesetz, das seit dem 28. Aug. gültig ist, muß jede in England patentierte Erfindung paten-tiers vier Jahre nach erfolgter Anmeldung in England fabri-ziert werden, sonst ist das Patent erloschen. Diese Bestimmung hat erzwirkt, daß bereits mehrere deutsche Werke, namentlich chemische und elektrische, jetzt in England Fabriken bauen lassen. Der Sekretär der Vereinigung für Handelsförderung in Weislof erklärt jetzt nach Rücksprache mit dem Präsidenten des englischen Patentamtes, die Bestimmung werde in vollem Um-fange angewendet werden. Im Grunde ist die englische Ge-fehrschärft nur das Echo auf das Verlangen deutscher Industrieller an die deutsche Reichsregierung, es solle den Aus-ländern bei Strafe des Verlustes des deutschen Patentgesetzes aufgegeben werden, ihre in Deutschland patentierten Erfin-dungen auch hier auszuführen zu lassen. Das Verlangen ist nach § 11 des deutschen Patentgesetzes zulässig, und der Präsident des englischen Patentamtes hat ausdrücklich darauf hinge-wiesen, allein im Jahre 1907 seien von der deutschen Behörde 20 fremdländische Patente auf Grund dieses Paragraphen für ungültig erklärt worden. Er fügt noch hinzu, daß ange-sichts der deutschen Prozesse die englische Behörde beabsichtigt,





## Die Entwicklungsmöglichkeit des Handwerks.

Auf dem 10. deutschen Fortbildungsschulstage in Braunschweig sprach der Leipziger Professor Siebä über die Entwicklungsmöglichkeit des deutschen Handwerks. Zu Anfang an diesen Vortrag kam es zu so charakteristischsten Auseinandersetzungen zwischen dem Gelehrten und den anwesenden Mittelstandspolitikern, daß es lohnt, den sonst recht unbedeutenden Verhandlungen einen Augenblick Zeit zu widmen.

Der Leipziger Professor, der keineswegs etwa zu den sozialen Rebellen im brauen deutschen Gelehrtenhande gehört, legte seinem Vortrage folgende Thesen zugrunde: 1. Die heutige Notlage des Handwerks beruht nicht auf der Einführung der Gewerbefreiheit oder auf dem Mangel an Organisation, Fabrikations- und kleinerer Fabrikationsnachweis werden das Handwerk nicht weiter bringen. 2. Das Handwerk ist infolge der allgemeinen Veränderung des Wirtschaftslebens im Weltbetrieb des großen Betriebes nur teilweise erlegen. Kapital, Maschinen, Geschmacks- und Bedarfsveränderungen haben dazu mitgewirkt. Gleichwohl ist das Kleinverwerbe noch immer unabweislich, nur muß es zeitgemäß umgewandelt werden. 3. Der Genossenschaft kann es nicht gleichgültig sein, die Kleinbetriebe schwinden zu sehen. Sie hat Interesse daran, neben den umgehenden Großbetrieben eine größere Anzahl kleinerer Produktionsstätten zu besitzen, die jede in sich selbst einen Umfang und mit geringem Kapital ihre Zeitstränge zu dem Güterbedarf einer Nation liefert. Der sogenannte neue Mittelstand kann in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht für die kleinen Meister keinen Ersatz bieten. 4. Die Mittel, mit denen die Entwicklung des Handwerks gefördert werden kann, sind bessere Ausbildung in technischer wie wirtschaftlicher Beziehung und Begründung von Genossenschaften. Der Gedanke, das Handwerk aufs Land zu verweisen, ist unhaltbar. 5. An die Stelle der früheren Werkstättenlehre müssen neue Wege der Unterweisung (Fortbildungsschulen, Fachschulen und Lehrwerkstätten) treten. 6. Die Genossenschaften sollen als Vereinigung kleiner Kapitalbeträge dem Handwerk die Vorteile des Großkapitals verschaffen. Die neueren Zentralgenossenschaften werden dazu beitragen, den lebensfähigen Gedanken, liefern er in der Durchführung noch auf Schwierigkeiten stößt, zu verwirklichen. 7. In dem das Handwerk mit den Maschinen ausgerüstet wird, durch die der Großbetrieb es besiegt hat, fördert man seine Lebensfähigkeit. In der Begründung dieser Thesen prüfte Prof. Siebä die gegenwärtige Lage des Handwerks. Er gelangte zu dem Schluß, daß, soweit rein technische Entwicklung in Betracht komme, das Handwerk noch großen Raum habe. Aber es unterliegt vielfach dem Großbetrieb über das wirtschaftlich notwendige Maß hinaus, weil viele Handwerker nicht rechnen können, und ihre technische Geschicklichkeit vielfach durchaus nicht auf ein genügend hohes Niveau stände. Helfen könne da nur bessere Schulung und die Begründung von Genossenschaften. In der Unterrichtsfrage dürfe man freilich von dem bedrückten, verschuldeten, kapitalarmen Handwerk keine Initiative erwarten. Die Innungen hätten da vollständig versagt und seien ohne jeden Nutzen. (Zustimmung und Widerspruch.) Nicht einmal die Summe, die sie an Schulgeldern und Prüfungsgebühren einnehmen, verwenden sie für die Schulunterhaltung; für ihre Stiftungsetze und Repräsentationen geben sie nach der letzten amtlichen Denkschrift genau doppelt so viel aus, wie für Schulzwecke. (Lebhafter Hörschrei.) Selbst Lehrlinge auszubilden, haben die Innungsmeister längst aufgegeben. Nur als ganz besonders billige Spezialarbeiter verwenden sie die Lehrlinge, die demnach stets Handlanger bleiben und die große Masse ungeschulter Proleten verstärken. Die Freiheit aber kann und will keine Lehrlinge ausbilden, und so bleibt nur staatliche Schulhilfe im Interesse der Gesamtheit und eventuelle Subventionen von der Großindustrie. Neben der Schulförderung ist ein Hilfsmittel für das Handwerk in der Genossenschaft zu erblicken; dazu muß aber eine moralische Ueberwindung der Kleinmeister herbeigeführt werden, in denen heute noch vielfach das engherzige Streben nach freier Konkurrenz im eigenen Hause wohnt. Die Innungen sind der Genossenschaftsbildung über hienichtlich als nützlich gewesen. Die Zentralgenossenschaften aber in ihrer Verbindung von gesunder und maßvoller Selbsthilfe haben die Genossenschaften kräftig gefördert. Redner schloß mit der Betrach-

tung, daß das Handwerk nicht über den Wettbewerb der Konkurrenz, Warenhäuser und Fabriken klagen soll. Es soll vielmehr danach streben, die Vorteile des Großbetriebes sich selbst zu eigen zu machen. Nur diese Erkenntnis wird das Handwerk vor völliger Unterwerfung bewahren. (Lebhafter Beifall.)

Man kann nicht sagen, daß diese Ausführungen an übermäßiger Gründlichkeit litten. Sie bezichtigten auf jede Prüfung der Betriebsfähigkeit nach der Richtung, ob überhaupt noch eine Entwicklungsmöglichkeit des Handwerks vorliegt, und sie zeigten sich höchstens durch eine gewisse rüchichtslose Ehrlichkeit gegenüber dem Innungsstandpunkt aus. Aber schon diese Ehrlichkeit genügt, um alle bösen Geister des Fortbildungsschulstages gegen Siebä zu entsetzen. Den Reden begann Spöbitus Dr. Wiesend, Sekretär der Handelskammer Hannover. Er bebauerte auf tiefste, daß Siebä die Handwerkerfrage in ihrer ganzen wirtschaftlichen und politischen Tiefe (!) aufstellte. „Das muß zu einer Diskussion führen, die nicht zum Nutzen des deutschen Fortbildungsschulstages sein kann. (Sehr wahr!) Die Vertreter der Handwerkskammern und Innungen, die Mitglieder des Fortbildungsschulstages sind, lassen sich nicht erklären, daß sie mit keinem einzigen Satz des Professor Siebä einverstanden sind. (Lebhafter Zustimmung.) Professor Siebä steht den praktischen Verhältnissen ganz fremd gegenüber. Die Innungen haben gar keine Möglichkeit, Helfer für feste Ausgaben, weil sie einen von der Regierung genehmigten Etat haben. Den freien Innungen aber kann es niemand verwehren, auch durch Repräsentationen für die Hebung des Standes und Standesbewußtseins zu sorgen. Wenn Sie die fünfte These Siebäs annehmen, so betreffen Sie, daß das Handwerk überhaupt überflüssig ist. Aber das Handwerk bildet noch heute seine Lehrlinge ausgezeichnet aus, und wer das Gegenteil behauptet, trägt einfach eine Anschuldigung vor. (Sehr wahr!) Die Großindustrie nimmt mit Vorliebe vorher im Handwerk ausgebildete und geprüfte Lehrlinge als Arbeiter. Zum Genossenschaftswesen ist es sehr zweifelhaft, ob die Betriebs- und Produktionsgenossenschaften in Zukunft erhebliche Bedeutung haben werden. Die Innungen ziehen wie für Norddeutschland den Gewerbevereinen bei weitem vor.“ (Lebhafter Beifall.) Reichstagsabgeordneter Überbürgermeister Cuno-Sagen: Bei der Beurteilung der Innungen legt Siebä zu viel Wert auf die unglückliche Denkschrift des Reichsamts des Innern. (Sehr wahr!) Die Leistungen der Innungen können durch die Statistik nicht erforscht werden. Auf dem Gebiete des Bildungswesens haben die Gemeinden den Innungen die meisten Aufgaben abgenommen, und die Handwerker tragen als Steuerzahler zu den Kosten dieser Bildungsanstalten bei. (Sehr wahr!) Darum kann man die Ausgaben für Repräsentationszwecke mit denen für Bildungszwecke nicht vergleichen. Tatsächlich geben die Innungen, vor Kopf berechnet, sehr wenig für feste aus. Das ideale Streben der Innungen muß auch das Gesetz über den kleinen Fabrikationsnachweis zum Leben erwecken und die ganze Lehrlingsausbildung durchströmen. Niemand können die Lehrwerkstätten die Meisterlehre ersetzen, höchstens ergänzen. (Lebhafter Beifall.) Direktor Neufchäfer-Kranfurt a. M.: Die fünfte These können wir in der vorliegenden Form nicht in die Welt hinausgehen lassen; denn sie bedeutet einen vollständigen Bruch mit der bisherigen Meisterlehre. Wir müssen wenigstens statt „an Stelle der früheren Werkstättenlehre“ die Worte setzen „an die Stelle der früheren Werkstättenlehre“. Landesoberverwalter Dr. Müller-Berlin: Im jeder Beurteilung in den Nachbarstaaten vorzugehen, erklärt ich, daß die preussische Staatsregierung volles Vertrauen zu den Handwerksrat hat, daß sie auch die Erziehung der Jugend in die Hand nehmen werden. (Lebhafter Beifall.) Das Handwerk wird die jungen Leute am liebsten so erziehen, wie es ihrem wirtschaftlicher Interesse entspricht. Dieses Vertrauen der Regierung spricht sich ja auch in unserer Gesetzgebung aus. Erst durch dieses Vertrauen erhält der kleine Fabrikationsnachweis seinen Wert. Die Grundlage der Ausbildung muß stets die Meisterlehre bilden; alle andere kann nur Ergänzung sein. (Lebhafter Beifall.) Direktor Schröder-Eilenburg: Das Handwerk bedarf, um Entwicklungsfähig zu bleiben, vor allem des Weges billiger Rohstoffe aus dem Ausland. Darneben müßten die Landesregierungen mehr als bisher Mittel zur Verfügung stellen, um das Kreditwesen des Handwerks zu fördern. Damit schloß die Debatte.

In seinem Schlusswort führte Professor Siebä nunmehr aus, er habe nicht erwartet, allgemeine Zustimmung zu finden; er habe nur seinen subjektiven Standpunkt, unabhängig von Beifall oder Mißfallen, dargelegt. Er wolle auch nicht die Verantwortung aufordern, eine Resolution zu fassen, die das Handwerk klagen oder zu Fall bringen könne, sondern nur in kurzen Sätzen ein Resümee seines Vortrages geben. Diese Resümee seien kein festes Eigentum und ändern lasse sich nichts daran. In der Frage des Kleinverwerbes nehme er eben einen weltlich anderen Standpunkt ein, als die Innungen und die meisten Handwerker selbst. Er sei zwar einer der wärmsten Vertreter der Erhaltung des Mittelstandes und des Handwerks; aber über die Wege dazu müsse man ihn schon seine wissenschaftliche Überzeugung vertreten lassen. (Sehr gut!) Die Innungen müßten gerade nach der Statistik des Reichsamts des Innern beurteilt werden, die zu dem Zweck aufgenommen war, Material zu ihrer Beurteilung zu geben. Die Zahlen seien absolut unangreifbar und von den höchsten Reichsbehörden geprüft. Danach seien die Innungen 217 000 Mark jährlich für Bälle, Stiftungsgebühren und Fahnentweihen aus, aber nur 102 000 Mark für Schulen, während ihr Ueberfluß aus Prüfungsgebühren 150 000 Mark beträgt. (Geisterstille und Hört, hört!) Diese Zahlen beweisen, daß auf dem Wege der Innungen und des Fabrikationsnachweises für die Handwerker nichts zu holen ist. Die Werkstättenschulen könnten natürlich nur als Fortsetzung der allgemeinen Fortbildungsschulen und der Werkstättenlehre etwas leisten; aber daß die Meisterlehre als solche heute nicht mehr so gut sei, beweise die Enquete des Vereins für Sozialpolitik. Das Handwerk ist heute meist auf Reparatur beschränkt; darum reiche die Meisterlehre nicht mehr hin und her. Amsonst gebe das haben nicht Kaufende jährlich für Lehrwerkstätten aus. Er habe nicht die Notwendigkeit des Werkstättenwesens von Handwerkskammern auf dem Lande bestritten; so doch jetzt schon die Hälfte aller Handwerker auf dem Lande wohnhaft. Aber man könne nicht das ganze Handwerk auf das Land verweisen; das sei keine Lösung des Problems. Im Übrigen müsse sich der Gelehrte damit abfinden, daß er für die Markte nicht, sobald er eine wissenschaftliche Überzeugung fundiert. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Daß es ausgerechnet den jähren Professor Siebä pfeiffen muß, von den Handwerkskammern angereizt zu werden, ist allerdings eine graufame Ironie. Es schändet aber auch die Wagnisse der Innungen, die auf der Wagnisse der Innungen nicht in geringem ab. Und daß sich die preussische Regierung vor die bloßgestellten Mittelstandspolitiker stelle, reitet sie trotzdem nicht. Es scheint nachgerade vor preussischen Spezialaufgabe zu werden, alle Wortsätze so lange als möglich zu halten. Das darunter seit langem auch das Handwerk und die Innungsmeister rangieren, wissen wir, hat die wirtschaftliche Entwicklung zum Großbetrieb aber noch um keinen Tag aufhalten können.

## Aus den Nachbarkreisen.

Gegen die Prügelpädagogik.

Niemand kann mit gerten Kindes nicht bekehren. Den man zu ehren bringen mag, dem ist ein Wort als ein Satz. Dem ist ein Wort als ein Satz, den man zu ehren bringen mag: Kindes nicht bekehren. Niemand kann mit gerten. Walther von der Vogelweide.

Die prächtige Mahnung Walthers von der Vogelweide, nie mit Schlägen des Kindes Recht zu vollbringen, den man zu Ehren bringen kann, den jehle ein Wort besser als ein Schlag, sollte unseren Volksschullehrern ins Herz gegeben sein. Wie viele Lehrer verknüpfen sich an dem ihnen anvertrauten höchsten Gut, dem körperlichen und geistigen Wohl ihrer Jünger, durch Prügel. Wer als Lehrer Prügel anwendet, zeigt dadurch seine Unfähigkeit zur Erziehung und seine eigene Unbildung und innere Korbheit. Desso erfreulicher ist es, aus Lehrers Munde warme Ausführungen gegen die Prügelpädagogik zu hören. In Nr. 40 der Bayer. Lehrerschaft



Königliche Kinderverwaltung

# Eine Räumungs-Woche

teils zurückgesetzter Waren, teils einzelner Modell- u. Musterstücke, sowie grosse Gelegenheitskäufe

## zu Preisen, die zum Teil die Herstellungskosten nicht decken.

Ein Posten	<b>Herren-Anzüge</b>	Wert bis 24 <sup>00</sup> Mk.,	jetzt 16 <sup>50</sup> Mk.
Ein Posten	<b>Herren-Anzüge</b>	Wert bis 30 <sup>00</sup> Mk.,	jetzt 19 <sup>50</sup> Mk.
Ein Posten	<b>Herren-Anzüge</b>	Wert bis 39 <sup>00</sup> Mk.,	jetzt 24 <sup>00</sup> Mk.
Ein Posten	<b>Herren-Paletots</b>	Wert bis 24 <sup>00</sup> Mk.,	jetzt 13 <sup>50</sup> Mk.
Ein Posten	<b>Herren-Paletots</b>	Wert bis 33 <sup>00</sup> Mk.,	jetzt 19 <sup>50</sup> Mk.
Ein Posten	<b>Herren-Paletots</b>	Wert bis 45 <sup>00</sup> Mk.,	jetzt 28 <sup>00</sup> Mk.

**1000 Herren-Buxkin-Hosen unter Preis!**

Julius

# Hammerschlag

36 Grosse Ulrichstrasse 36, nahe der Alten Promenade.

### Zum Schulanfang!

**Grosse Posten**

Buxkin - Jünglings - Anzüge	7 <sup>50</sup>
Buxkin - Knaben - Anzüge	3 <sup>00</sup>
Jünglings - Winter - Joppen	2 <sup>50</sup>
Knaben - Winter - Joppen	2 <sup>00</sup>
Knaben-Buxkin-Rester-Hosen	1 <sup>00</sup>
Prima-Buxkin-Rester-Hosen	1 <sup>50</sup>
Manchester- u. Zwirn-Anzüge	1 <sup>50</sup>
Manchester- u. Zwirn-Hosen.	1 <sup>50</sup>



konserbative Professor Born, Deutschlands juristischer Vertreter im Haag, es nicht mehr vertreten konnte; es brach sich gegen jede Beschränkung der Klüften durch Individualverträge. Aber muß denn eine Million Menschen in Deutschland ständig überflüssig sein, wo doch die Zukunftsfrage eine Frage des Lebens und der Wohnungsfrage ist? (Gefre gut!) Vor 60 Jahren hat man meinen Großvater die Uniform abernannt, weil er einen Aufbruch für die deutsche Flotte mit unterzeichnet hatte. Jetzt reifen die pensionierten Generale, die sich nach Befehl und Verordnung die ersten 60 Jahre ihres Lebens nicht um Politik haben kümmern dürfen, im Lande umher; und während wir eine Einschränkung der Klüften brauchen, fordern sie unangenehme Bewilligungen. Wie ein Dorfmeister läuft sich Deutschland seine Wohlhabenheit immer erbt. Gerade jetzt lebt es in einem Zeitalter, nämlich übertriebenen Optimismus, in einem Zeitalter der Reaktion und Stagnation, wie es trauriger und kläglicher für ein großes Kulturvolk nicht gedacht werden kann. (Stimmlicher Beifall.)

Professor Schilling entwarf dann ein Bild des künftigen Weltstaates, wie er ihn sich vorstellt, mit dem Haag als der künftigen Weltstadt, einem Weltparlament und einem Weltstaatsgrundvertrag, der all die zahllosen einzelnen internationalen Staatsverträge auffassen könnte. Die Völker würden nach gemeinsamen Rechtsgrundsätzen, die Unabhängigkeit jedes Bundesstaates nur so weit zu beschränken, wie für das Gemeinwohl unbedingt notwendig sei, das Recht behalten, ihre volle Eigenart zu wahren. Aber die einzelnen Staaten würden sich nach dem Worte des philippinischen Kaisers Marc Aurel dann zu einander verhalten wie die Hüter einer Stadt. Die tatsächliche Möglichkeit des Krieges werde natürlich immer bleiben. Aber tatsächlich sei ja auch der Krieg im Inneren, der Bürgerkrieg, noch möglich. Nur daß der Krieg seine Schreden und Gefahren verloren hat, wenn er aufgehört hat, ein Rechtsinstitut zu sein. (Sehr großer Beifall.)

In der Debatte beehrte Herr v. Gerlach die Auffassung, heute seien schon alle Kulturstaaten Rechtsstaaten, als falsch, Deutschland habe ein politisches Verbrechen begangen, als es die Hand Englands, die Lloyd-Georges zur Einschränkung der Klüften riefen, zurückwies. Was nutzten die schönsten Friedensworte des Reiches in Frankreich, wenn keine Friedensstaaten folgten? Deutschland werde erst eine vernünftige Friedenspolitik treiben, wenn nicht mehr die Nachkommen der alten Hauptkrieger die auswärtige Politik des Reiches führten. (Sehr großer Beifall.) Prof. Dr. Stein-Werner teilte mit, England werde im nächsten Jahre zum ersten Male eine Position in den Etat einstellen für Erhaltung des Weltfriedens. Nach weiteren Debatten wurde gegen eine Stimme eine Resolution angenommen, welche die Erwartung ausdrückt, Deutschland möge nicht mehr wie bisher sich den Friedensbestrebungen anderer Länder entgegenstellen und mehr Wohlwollen für die internationale Verständigung und Abrüstung bekunden.

## Parteinachrichten.

Genosse Döwentein-Nürnberg erklärt im Vorwärts, er habe sich bei der Behauptung, Volkmar hätte in der Budgetfrage mit Niederlegung seines Mandats gebroht, auf eine Neuerung Volkmar's in einer Nürnberger Parteiverammlung vor dem Parteitag gelehrt. Wie die inoffiziellen veröffentlichten Mitteilungen durch Gen. Volkmar ergibt, ist dabei dem Genossen Döwentein ein Mißverständnis unterlaufen. Die betreffende Neuerung Volkmar's bezog sich auf einen Brief Volkmar's, von dem Volkmar meinte, er möchte eine solche Vernehmung durch den Parteivorstand, wie sie einer Fraktion unwirksam ist und wie sie für ihn das Ende der parlamentarischen Tätigkeit bedeuten würde.

Genosse Dr. Jabel stellt gegenüber der gestrigen Erklärung seiner Berliner Schwägerentante, daß er habe bereits dem Genossen Auer-München mitgeteilt, daß die Berliner parteigenösslichen Stabschreiber nicht für das Budget gestimmt hätten und daß seine erste, dem entgegenstehende Mitteilung irrt sei. Der zweite Brief sei leider zu spät in die Hände Auer's gekommen, so daß dieser in Nürnberg noch falsch unterrichtet gewesen ist.

„Schmiergelber“ sollte nach einer verleumderischen Notiz der Post Genosse Richard Fischer als Geschäftsführer des Vorwärts von Bielefeldern deselben angenommen haben. Viele bürgerliche Blätter brachten die Notiz der Post nach. Im Klärung zu schaffen, ludte Richard Fischer gegen die Post und einige andere Blätter. Die Redakteure der letzteren geben in der Gerichtsverhandlung schuldlose Widerworte ab, so daß Fischer gegen sie die Klage zurückzog. Auer gegen die Post hat Fischer wegen ihrer niederträchtigen Art der Kampfführung die Klage erstreht erhalten. Die Post und ihre Polizeidirektoren brachten darauf eine große Anzahl neuer Beweisanträge, die die Möglichkeit der Behauptung schließen sollten. Am 23. Oktober findet nun vor dem Oberrichter Schöffengericht ein neuer Termin statt, zu dem der Post-Redakteur die Buchdrucker befragen, auf dem, Schütz, Köhler, Mabilo und Wusthal laden ließ. Außerdem hat die Post die Kommission des Vorwärts, die Auerkommission und die Firmengraber der Buchdruckerei Vorwärts laden lassen. Auch dieser Termin wird erneuert, daß an der Verleumdungsbilg der Post resp. ihrer Zeitnarrinnen kein wahres Wort ist.

Zur Budgetfrage nahm in Lörach (Südbaden) eine Parteiverammlung Stellung. Nach dreistündiger, äußerst leidenschaftlicher Debatte, die schließlich zu minutenlangen tumultuösen Szenen führte, wurde eine Resolution abgelehnt, die sich mit der Haltung der Südbaden einverstanden erklärt. Angenommen wurde eine Resolution, die sich mit dem Beschluß des Parteitages in der Budgetfrage voll und ganz einverstanden erklärt, das Vorgehen der 68 mißbilligt und bestimmt erwartet, daß sich alle den Beschlüssen des Parteitages fügen werden.

In Straßburg stellte sich bei der Berichterstattung über den Parteitag der eine Referent, Genosse Redakteur Schneider, auf der Seite der Budgetbewilliger, Genosse Parteisekretär Knopf sprach sich gegen die Budgetbewilligung aus. Genosse Arbeitsekretär Geiler stellt einen Antrag, der die Resolution des Parteivorstandes und die Haltung des Parteitages billigt. Der Antrag wurde abgelehnt. Mit sehr erheblicher Mehrheit wurde der Antrag Parteisekretär's angenommen, der besagt:

Die Verammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins Straßburgs billigt die Beschlüsse des Nürnberger Parteitages mit Ausnahme des Beschlusses über die Budgetbewilligung. Im Interesse einer einheitlichen Politik hätte sie die Annahme der Resolution Forme begrüßt. Die Verammlung hat den Vorschlag der Resolution Forme, vor zweifelhafte Bestimmungen eine Aussprache zwischen Parteivorstand und Landesorganisation herbeizuführen, für geeignet, eine Verständigung bei Meinungsverschiedenheiten zu schaffen.

Als Ende bezeichnet unser Parteiblatt in Ludwigsb., die Hälz, Post, in ihrer heutigen Nummer die Nachricht über gestriger Blätter, Genosse Hoffmann werde mit 8000 Mark Ge-

halt als sozialdemokratischer Parteisekretär Anstellung finden. Die Hälz, Post schreibt, an dieser Nachricht sei kein a h r e s Wort. Das war jedem Parteigenossen von vornherein klar, namentlich betrifft des angeführten Gehalts. Es gibt in Deutschland keinen Kreis- oder Bezirkspartei-sekretär mit 3000 Mark Gehalt.

## Gewerkschaftliches.

Maler. Bei der Malerfirma Paul & Söhne in Leipzig streifen die Gesellen wegen der Nichtbeachtung der Tarifvereinbarungen, die zwischen den Malern und dem Schiffsverwandtschaften geschlossen worden sind. Die Leipziger Malerunion, der Ehlich angehört, hat die Tarifvereinbarung zu der ihren gemacht. Darin heißt es, daß bei auswärtigen Arbeiten die Löhne der betr. Orte, wenn sie höher sind als die im Tarif vereinbarten, gezahlt werden müssen. Ehlich, der eine Submissionsarbeit in Hamburg ausführt, zahlt nun die höheren Hamburger Löhne nicht, sondern sucht in der bürgerlichen Presse durch Inserate Streitbrecher. Selbst der Hamburger Internerwerbverband hat ein Flugblatt gegen Ehlich herausgegeben. Die Gesellen werden deshalb vor Zugang gewarnt. Ehlich will den Streitbrechern nur die Hälfte der Meißelpeisen vergüten und zwar erst nach sechs Wochen.

Geordnete Ausperrung. Die von der Firma Anthon u. Söhne in Hensburg in eigene Ausgabe Ausperrung ihrer Arbeiter wegen allgemeiner Beteiligung an der Verdringung eines verstorbenen Kollegen ist beendet. Wegen Arbeitsmangel werden aber von den 75 Ausgesperrten acht nicht wieder eingestellt.

In Mannheim haben gestern fast sämtliche 700 Arbeiter der Strichelchen Werke die Arbeit eingestellt, weil die Firma bei dem neuen Tarif die Arbeitslöhne um 30 bis 60 Prozent reduzieren wollte. Von 504 Arbeitern stimmten in gemeinsamer Abstimmung 480 für den Streik.

Stereotypen. Die dem Vorwärts zugegangene Mitteilung, bei Rudolf Wölfe in Berlin seien Differenzen wegen Nichtbeachtung einer Entscheidung des Tarifamts ausgebrochen, wird als falsch mitgeteilt.

Eine große Bauarbeiterausperrung droht in Köln. An dem dortigen Neubau des Oberlandesgerichtsgebäudes haben, wie wir schon mitteilten, 200 Maurer und Hilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt, weil 17 Kollegen sofort entlassen worden waren, nur aus dem Grunde, weil sie ohne vorherige Anfrage an der Verdringung eines an dem Bau t ä d l i c h b e r u n g l i a d e n M a u r e r s teilgenommen haben. Die Arbeiter hielten mit Recht die Beteiligung an dem Begräbnis des-*so*-sagen unter ihren Augen zu Tode gekommenen Arbeiters für selbstverständlich. — Bei den gestrigen Verhandlungen forderten die Internerwerbvertreter, daß die Ausgestiegenen zunächst b e d i n g u n g s l o s die Arbeit aufnehmen sollten; erst dann sollte man das Gewerbeamt einschicken lassen, ob die Entlassenen wieder eingestellt, oder ob sie mit Recht entlassen worden seien. Eine Verammlung der beteiligten Arbeiter, die die Forderung der Internernehmer ablehnte. Die Streikerei über das Kölner Justizgebäude beginn, die Firma Riphan u. Hegel bleibt bestehen. Die Internernehmer erklärten, daß der Arbeitgeberverband, wenn ihr Vorschlag abgelehnt würde, eine allgemeine Ausperrung der Bauarbeiterausperrung von Köln und Umgebung und nachschicklich noch darüber hinaus für unvermeidlich erachte.

Geselle gegen Christliche. Seit die christlichen Gewerkschaften, wenn auch in äußerster Verdringung, etwas wie Massendruck auf sich tragen, ist die frühere Gunst der Internernehmer und Behörden ihnen verloren gegangen. Schon heute werden mancherorts die Christlichen genau so behandelt wie die sozialistischen Organisationen. Wo das nicht auf direktem Wege möglich ist, da versucht man es auf Umwegen, nämlich dadurch, daß man den christlichen die selben Gewerkschaften entgegenstellt. Ende 1907 bemühten sich die Christlichen, das Fabrikpersonal der Straßenbahn in Gerten (Weiskalen) ihrer Organisation zuzuführen; der Versuch scheiterte daran, daß die Straßenbahnverwaltung, deren Vorsteher der nationalliberale Parteiführer Arnold ist, ihnen einen gelben, d. h. von der Gnade und dem Gelde der Straßenbahnverwaltung lebenden Verein der Angestellten der Straßenbahn Medlinghausen-Gerten-Wanne entgegensetzte.

Daselbst geschah innerhalb des Betriebes der Straßenbahn Medlinghausen-Gerten. Dort hatte sich bereits das ganze Fabrikpersonal der christlichen Bewegung angeschlossen, als die noch unorganisierten gelben Arbeiter in einen Arbeiterverein angefordert wurden. Die Eingangsliste mußte in eine Liste erfolgen, die beim Oberkassierer auflag. Zwei Monate später und die Zahlstelle der christlichen Straßenbahner in Medlinghausen löste sich auf, nachdem ein Mitglied nach dem anderen den Weg in den gelben Verein gefunden hatte. Wie die Weiskalener Arbeiter-Zeitung (M.-Glabach) berichtet, wurde im vorigen Monat in Medlinghausen, von dem christlichen deutschen Gärtnerverband zumachen, von den selbständigen Gärtnern des Bezirks ein Gärtnerverein Flora gegründet, dem Meister und Gesellen angehören. Vereinswert ist, daß dabei ein Mann die Hauptrolle spielt, der Vorsteher des evangelischen Arbeitervereins ist. Gärtnermeister Friedrich Haase, so heißt der Mann, sagte in der Gründungsversammlung des gelben Vereins:

In unserem Verein sollen Gesellen und Prinzipale aufgenommen werden. Wir wollen die Arbeitsverhältnisse selber regeln, das Tarifwesen ist zu beurteilen. Die Prinzipale lassen sich durch keine Gewerkschaften Vorschriften machen. Jeder wird nach seiner Leistung bezahlt. Die Gewerkschaften verpreisen den Arbeitern hohe Löhne; ihre Mitglieder hegen die Arbeiter auf, abgeben ist es dabei auf die Arbeiter zu großen, damit die Herren Führer ein gemächliches Leben führen können auf Kosten der Arbeiter. Daher die hohen Beiträge der Gewerkschaften. Die Gelben werden nach auswärts geschickt. So ist es bei den freien Gewerkschaften, bei den christlichen ist es noch schlimmer. In unserem Verein braucht der Beitrag nicht so hoch zu sein und das Geld bleibt im Orte.

Die christlichen Gewerkschaftsblätter sind natürlich höchlichst entrüstet über das Vorgehen der Behörden und Internernehmer als Gründer der gelben Gewerkschaften. Die Herren vergessen, daß die Gelben nur forschten, womit die Geistlichen begnügen haben. Und wenn sie es so auffällig finden, daß ein Vorsteher eines evangelischen Arbeitervereins sich der Gelben besonders eifrig annimmt, so ist es nicht minder auffällig, daß die christlichen Arbeitervereine in der „christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ aufgenommen sind und mit ihnen auf dem sogenannten deutschen Arbeiterkongress Vertretermandate feiern.

## Polizeiliches und Gerichtliches.

Der säwürde Polizeikommissar. Dem Polizeikommissar Noß in Göttingen war von dem Genossen Bergmann Schleibert in einer Bergarbeiterverammlung der Vorwurf des Meineides

gemacht worden. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Bei der Verdringung eines Genossen schreibt der genannte Kommissar zur Konsolidation der roten Kräfte. Das nun folgende gerichtliche Nachspiel gegen unsere Genossen — die Anklage lautete auf großen Ungeh — endete mit Freisprechung. Bei dieser Verhandlung hat der Kommissar beschworen, eine junge Genossin, die an der Verdringung teilnahm, habe bei der Konsolidation zum Kräftegraber gesagt: „Geben Sie mir die rote Scheife, das Band der Liebe.“ Die Genossin hat diese Versicherung nicht gemacht, deshalb erhob Genosse Schleibert in öffentlicher Versammlung gegen den Kommissar Noß den Vorwurf des Meineides. Nun wurde gegen die Genossin Schleibert die Anklage der Verdringung erhoben, die von dem Schöffengericht in Göttingen zur Verhandlung stand. Es waren über vierzig Zeugen geladen. Der Kommissar beschwor abermals, daß die Versicherung so gefallen sei, wie er schon vorher beschworen. Auch ein anderes Polizeigebäude wollte die Genossin nicht haben. Dann kamen aber ein ganzes Dutzend Zeugen, die behaupteten, daß die Versicherung nicht gefallen sei. Weiterer 80 Zeugen waren bereit, im gleichen Sinne auszusagen, das Tugend genügte aber.

Der Amtsanwalt beantragte trotzdem die unangehörige Strafe von drei Monaten Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 60 M. Geldstrafe. In der Urteilsverhandlung wurden der Vorsteher hervor, das Gericht als erwiesen ansetzt, daß die von Kommissar behaupteten Worte nicht gefallen seien. Der Kommissar müsse sich wohl verfehlt haben. Trotzdem habe Schleibert den Vorwurf des Meineides nicht erheben dürfen. Es steht also fest, daß der Kommissar objektiv schuldig ausgelegt hat. Wenn nur die Arbeiter auch immer so verständige Richter fänden. Manche Arbeiter, der nichts Schlimmeres getan wie der Kommissar Noß, ist schon ins Zuchthaus gewandert.

Genosse Steinamp vom Bochumer Volksblatt hat für einen Monat das Gefängnis in West (Westfalen) bezogen, weil er den Streikminister beleidigt haben soll.

Ein westfälischer Richter. Genosse M a s e n h. Vorkammsmitglied des Zentralarbeiterverbands, hatte in einem Flugblatt gesagt, die Arbeiter der Häreerei und Weiderei von St. Gebauer in Charlottenburg erhielten Zimmerlohn, ein Stundenlohn von 33 Pf. nicht ohne weiteres für miferabel an. Die Weiderei nahm er an, daß die Arbeiter bei Gebauer für 3,90 M. Tagelohn mindestens 28-38 Stück machen müssen. Für jedes darüber hinausgehende Stück erhalten sie 5 Pf. und werden 24 Stunden täglich geleistet, so daß der Aufschlag 1,20 M. beträgt. Die Arbeitszeit beträgt dann allerdings 15, 18 bis 20 Stunden. Auch andere schwere Mißstände in der Fabrik wurden durch die Verhandlung festgestellt. Als haben die Rede war, daß die an sich schon schwere Arbeit durch Überarbeit noch besonders schwer werde, sagte der Vorsteher Amtsgerichtsrat Böhmert: „Ja, warum bringen sich denn die Leute zu solcher Arbeit, die ihnen so schwer ist, sie haben doch nicht nötig, sich in Betriebe hineinzubringen, deren Anforderungen sie nicht gewachsen sind.“ — Als ein Zeuge sagte, er habe in einem gleichartigen Betrieb in Westfalen bei erheblich leichter Arbeit drei Mark täglich verdient, wandte der Vorsteher ein: „Und dann wird Sie noch nicht zufrieden, wenn Sie hier 1,20 Mark mehr verdienen? Das sollen Sie Hungerlöhne sein? Warum sind Sie denn nicht in Westfalen geblichen?“

Als der Fall erzählt wurde, daß im Zentralkraum vor 7 Uhr in völliger Dunkelheit gearbeitet wird, meinte ein Arbeiter, die Firma verlange ja nicht, daß die Arbeiter vor 7 Uhr anfangen, das fälen die Arbeiter aus freien Stücken. — Diese Angabe schien dem Vorsteher so überzeugend, daß er bemerkte: „Also es war der letzte Wille der Arbeiter.“ Da müssen doch ideale Verhältnisse herrschen, wenn die Arbeiter eine Stunde früher kommen, als verlangt wird. Da kann man doch nicht von einem Frondienst sprechen.“

Solche und ähnliche Bemerkungen, die der Vorsteher öfter bei der Befragung der Zeugen machte, veranlaßten den Zeugen der Angeklagten, Rechtsanwalt Theodor Lieblich, dagegen zu protestieren, daß der Vorsteher seine persönlichen Ansichten in dieser Weise hervorbrachte. — Mehrmals kam es aus solchen Anlässen zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Zeugen und dem Vorsteher.

Das Urteil lautete auf 150 M. Geldstrafe. Daß die Löhne besonders niedrig seien, habe nicht bewiesen werden können. Daß die Arbeiter morgens im Dunkeln arbeiteten, sei eine harmlose Sache, niemand habe die Arbeiter dazu gezwungen, sie hätten aus freien Stücken im Dunkeln gearbeitet. Der Angeklagte sei in seiner Kritik über das zulässige Maß hinausgegangen.

## Versammlungs-Anzeiger.

Im Inzeratenteil der heutigen Nummer werden folgende Versammlungen veröffentlicht:

- Am Abend: Arbeiterverein, Sonntag, 18. Oktober.
- Beit: Schmiede und Schlosser, Sonnabend, 17. Okt.
- Bergarbeiter, Sonnabend, 17. Oktober.
- Nachhilfeverbot, Montag, 19. Oktober.
- Freiwillige Unterrichtsvereine oder Handwerker und Arbeiter, Sonnabend, 17. Oktober.
- Kärntner, Sonnabend, 17. Okt.
- Weiskalener u. d. m. g.: Konsumverein, Sonnabend, 17. Okt.
- Leuchern: Konsumverein, Sonntag, 25. Oktober.
- Kasberg: Sozialdem. Verein, Sonnabend, 17. Oktober.
- Falkenhain: Sozialdem. Verein, Sonntag, 18. Okt.
- Kayna: Deutschnationale Volksversammlung, Sonntag, 18. Okt.

## Eingefandt aus Weiskalen.

Es erlaube es mir unendlich, daß, wie in Nummer 24 des Volksblattes in dem Eingefandt aus Weiskalen behauptet wird, der Geschäftsführer Richard Wölfe-Tiefen nicht Abnommen des Volksblattes wäre. Herr Richard Wölfe, Paul Selmer und Paul Lehmann-Kreuzen sind Abnommen des Volksblattes. Bitte die Parteigenossen, dieses zu beachten. Johann Jann.

# Knorr's Hafermehl

Bestes Rohmaterial und sorgfältige Fabrikation bedingen die wertvollen Eigenschaften von Knorr's Hafermehl als leichtverdaulichste, nahrhafte und Durchfall vorbeugende Kindernahrung.

Nähre mit „Knorr“.

# Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Halle sowie Freunden und Bekannten zur gefl. Nachricht, dass ich am

**Sonnabend den 17. Oktober, Steinweg Nr. 7 ein**  
**erstklassiges Herren-Ausstattungs-, Weiss- und Kurzwaren-Geschäft**

eröffne. — Es soll mein Bestreben sein, bei **billigsten Preisen** gediegenste Qualitäten zu liefern, und bitte bei Bedarf um gefl. Unterstützung meines jungen Unternehmens.

Hochachtung!

**Ernst Gallmeyer.**

# Rohlenhandlung

**W. Trolle** Canenaerweg 1  
 gegenüber der Rgl. Central-  
 Werkstätte

empfehl ich zur Lieferung von erstklassigen Britetts und Napfsteinen. Pro Zentner Britetts bei Fuhr von 25 Zentner aufwärts frei Gelaf 65 Pf., einzelne Zentner ab Lager 58 Pf. Pro Mille Napfsteine frei Gelaf von 1500 Stück ab 13 M., ab Lager pro Mille 11 M.

# Konsumverein zu Teuchern

**Sonntag den 25. Oktober 1908 nachmittags 2 Uhr**  
 im Gasthof zum grünen Baum in Teuchern

# Ordentliche General-Versammlung.

- Tagesordnung:**
1. Sachbescheid.
  2. Bericht über das Geschäftsjahr 1908.
  3. Bericht des Aufsichtsrates über die Revisionen.
  4. Entlassung des Vorstandes.
  5. Genehmigung der Bilanz und Beschlussfassung über Verteilung des Geschäftsüberschusses.
  6. Bericht und Beschluss über die am 21. September 1908 stattgehabene Verbandsrevision.
  7. Beschlussfassung über Gewerl eines Grundstückes in Zähen.
  8. Genehmigung der Geschäftsbilanz für Vorstand und Aufsichtsrat.
  9. Beschlussfassung über den Vertrag mit dem Kaffierer.
- Anträge der Mitglieder müssen spätestens 5 Tage vor der General-Versammlung schriftlich in Händen des Aufsichtsrates sein.
- Teuchern, den 13. Oktober 1908.  
 Der Aufsichtsrat des Konsum-Vereins zu Teuchern (E. G. m. b. H.)  
 Ernst Scheller, Vorsitzender.

# Verband der Fabrik-Arbeiter, Distrikt Ammendorf.

**Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 8 1/2 Uhr**  
 im „Burgschlösschen“

# Mitglieder - Versammlung.

**Tagesordnung:**  
 1. Vortrag. 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Berichtsbereich.  
 Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Distriktsleitung.

# Soziald. Verein Rasberg.

**Sonnabend den 17. Oktober abends 8 1/2 Uhr im Adler**

# Versammlung.

**Tagesordnung:**  
 1. Berichterstattung über den Vorfall. Referent: Genosse Adolf Thilo-Galle. 2. Geschäftliches und Berichtsbereich. Alle Mitglieder sollen kommen. Der Vorstand.

# Zeit. Zeit. Bergarbeiter.

**Achtung!** **Sonnabend, den 17. Oktober 1908, abends 8 Uhr**  
 in der **Zentralhalle**  
**Oeffentliche**

# Bergarbeiter - Versammlung.

Referent: Reichstags-Abgeordneter Sachs.-Vogau.  
 Die Zahlstellen **Teissen, Luckenau u. Kretzschan** sind hierzu eingeladen.  
 Alle Kameraden mit ihren Frauen müssen kommen.  
 Der Einberufer.

# Zentralverb. d. Schmiede u. Kesselschmiede.

**Zahlstelle Zeit.**  
**Sonnabend, den 17. Oktober bei Steinert**

# Mitglieder - Versammlung.

Um das Erscheinen aller Mitglieder ersucht  
 Die Ortsverwaltung.

# Sozialdemokratischer Verein Falkenhain.

**Sonntag, den 18. Oktober 1908, nachm. 3 Uhr, im Deutschen Kaiser**

# Versammlung.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet Der Vorstand.

# Verband d. Bergarbeiter Zahnst. Rehmsdorf

Zu unserem am **Sonntag den 18. Oktober im Gasthof Rumsdorf** stattfindenden **Kränzen**

erlauben wir uns, die werten Kameraden und Freunde höflich einzuladen. Anfang 6 Uhr. Der Vertrauensmann.

# Mannsdorf. Kaffee-Kränzen.

**Sonntag den 18. Oktober 1908:**  
 Hierzu ladet freundlich ein **Alwin Weber.**

# Sonntag d. 18. u. Montag d. 19. Okt. zweite lokale Kaninchen-Anstellung in Webau.

Es ladet Freunde und Gönner herzlich ein  
**Der Kaninchenzüchter-Verein Webau und Umgegend.**

Einem geehrten Publikum zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mit dem heutigen Tage das **Restaurant Zum schwarzen Mann**

übernommen habe und bitte ich, mich pünktlich beehren zu wollen.  
 Hochachtungsvoll

**August Zweiscke, Merseburgerstr. 150.**

**Noether's Progress-Stühle**  
 in allen Preislagen.  
**Theodor Lühr,**  
 Leipzigerstr. 94. Poststr. 6.  
 Mitglied d. Rab.-Sparvereins.

# Stadt-Theater

in **Salle a. J.**  
 Direktion: **Carl W. Richards.**  
**Sonnabend den 17. Oktober:**  
 35. Ab.-Vorst. Umlaufsch. gültig. 3. Viertel.

**Thalea Bronkoma.**  
 Schauspiel in 3 Akten von Johannes Niegand.  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.

**Sonntag den 18. Oktober:**  
 Nachmittags 3 Uhr:  
 3. Volks-Vorstellung zu kleinen Einheits-Preisen v. 60. 40 u. 25 Pf.

**Don Carlos**  
 Infant von Spanien.  
 Trauerspiel in 5 Aufzügen von Schiller.

Abends 7 1/2 Uhr:  
 36. Ab.-Vorst. Umlaufsch. ungültig. 4. Viertel.

Mit der neuen Ausstattung an Dekorationen, Kostümen und Requisite.

# Carmen.

Oper in 4 Akten v. Georges Bizet.

**Freiwillige Unterstützungskasse aller Handwerk. u. Arb. v. Zeit.**  
**Zusohusskasse (E. G. m. b. H.)**

**General-Versammlung.**  
**Tagesordnung:**

1. Wahl d. Gesamt-Vorstandes u. Festsetzung der Entschädigung desselben.  
 2. Geschäftliches.

Anträge und Beschwerden sind bis **30. Oktober** bei dem **Vorsth. Herm. Heibitz, Pfaffenstraße 16**, schriftlich einzureichen.

Der Vorstand.  
 Die retifizierenden Beiträge müssen bis **24. Oktober** bezahlt werden.

**Total-Ausverkauf**  
 wegen Aufgabe  
**Leipzigerstrasse 17, I.**  
 neben dem „Kino“  
**enorm billige**  
 Kleider-, Baum- und Leinen-W., Gardinen, Schürzen, Herrenst.

# Weissenfels. Weissenfels. Volkshaus.

**Sonntag, den 18. Oktober 1908**

# Grosser Ball.

Hierzu ladet freundlich ein **Ernst Voigt.**

# Bitterfeld. Zentralverband der Töpfer.

**Sonntag d. 18. Oktober abends 7 1/2 Uhr im Reineck. Holzjohann**

**BALL.**  
 — Ohne Karte kein Zutritt. —  
 Der Vorstand.

# !! Hue-Zeit !! „Deutscher Kaiser.“

**Sonntag, den 18. Oktober 1908:**  
**Gr. Gesellschaftsb. Ball.**  
 Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr. Neueste Tänze. Sehr amüsant.

**HausarbeiterInnen**  
 suchen **Hollbrun & Pinner, Geißstraße 22.**

**Gelegenheitskauf!**  
 Ein Posten  
**Tuch-Unterröcke 3<sup>00</sup>**  
 mit sehr schöner Garnierung Stück **3<sup>00</sup> Mk.**  
**Brummer & Benjamin,**  
 22/23 Gr. Ulrichstrasse 22/23.

**Walhalla-Theater.**  
 Ab heute, **Freitag d. 16. Oktober or.**  
**Selma Marzella,** Soubrette,  
**The Larc Reels,** kom.-musikal. Akt.  
**Max Hildebrandt,** Humorist.  
 Verlängerung des Gastspiels der Reform-Tanz-Künstlerin  
**Villany**  
**Corty and Rettlé,** Parodisten,  
**Geachwister von der Ley,** Gesangs-Duett.  
**Fred EDLAWI,**  
 Verwandlungs-Schauspieler.  
**Starkers Bio Tableaux,**  
 Vorführung lebender Photographien.

**Zeit. Preussischer Hof. Zeit.**  
**Nur für Damen.**  
**Montag den 19. Oktober 1908 abends 8 1/2 Uhr**  
**Wiederholung des**  
**wissenschaftl. Lichtbilder-Vortrages**  
 Die Angenieurin **Frau Alma Wartenberg-Hamburg** spricht über:  
**„Aus welchen Ursachen verfallen die Frauen so früh und sind so viele krank, siech und unglücklich.“**  
 Aus dem Inhalt: Wie und wann können wir die Kinder in gewissen Fragen auf die Entwicklungsjahre heber beschlecken. — Folgen der Unwissenheit und Nachlässigkeit, unsere größten Feinde. — Vererbendigungen und Nachschöpfung. — Ursachen der Blutarmut. Weisheit. — Gebärmutter-Fisteln, Polypen und Krebs. — Ursachen der Früh- und Fehlgeburten. — Gesunde Frauen, gesunde Kinder sind ein Segen, frange ein Unglück für Familie und Volk.  
 Nach dem Vortrage: **Frageantwortung.**  
**Entree 50 und 30 Pfg.**

# Ortskrankenkasse der Sattler, Maler usw. Mitglieder-Versammlung

der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die Betriebe der Sattler, Tapezierer und Tischner, Buchbinder, Gerber, Kürschner, Beutler, Handschuh- u. Hützensmacher, Maler, Photographen, Lackierer, Vergolder u. Goldleistenfabrikanten, Perückenmacher, Coiffeure u. Buhlere

**Montag, den 26. Oktober 1908, abends 8 Uhr**  
 im „Englischen Hof“, **Grosser Saal 14**

**Tagesordnung:** Wahl der Vertreter für die Jahre 1909—1911, und zwar für die Arbeitgeber: Sattler 2, Tapezierer und Tischner 2, Buchbinder 5, Gerber 1, Kürschner, Beutler, Handschuh- und Hützensmacher 2, Maler, Lackierer, Photographen, Goldleistenfabrikanten und Vergolder 18, Barbier 2.

Für die Arbeitnehmer: Sattler 4, Tapezierer und Tischner 4, Buchbinder 3, Gerber 2, Kürschner, Beutler, Handschuh- u. Hützensmacher 4, Maler, Lackierer, Photographen, Goldleistenfabrikanten und Vergolder 37, Barbier und Coiffeure 5.

Die Wahlhandlung findet in getrennter Versammlung statt und zwar für die Arbeitgeber im kleinen Saal und für die Arbeitnehmer im großen Saal.

Hierauf folgt:  
**General-Versammlung**

für die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer oben- genannter Betriebe der **Sattler, Maler usw.**  
**Montag, den 26. Okt. 1908, abends 9 Uhr im „Engl. Hof“ (grosser Saal).**

**Tagesordnung:** 1. Bericht des Herrn Rentanten über den jeweiligen Stand der Kasse. 2. Wahl der 3 Revisoren für das Rechnungsjahr 1908. 3. Erörterungsvortrag des Vorstandes: a) eines Arbeitgebers an Stelle des statutenmäßig auscheidenden Herren Dr. Müller; b) zweier Arbeitnehmer an Stelle der statutenmäßig auscheidenden Herren G. Heyn und G. Hoff. 4. Bericht vom Krankentaggelverband und des Unterverbandestages in Bernburg. 5. Berichtsbereich.

Der Vorstand. **J. A.: Karl Golubeck, Vor.**

# Konsumverein für Weissenfels und Umg.

Wir machen unsere Mitglieder nochmals auf die morgen, **Sonnabend, d. 17. Oktober, abends 8 Uhr, im Volkshaus** stattfindende

**General-Versammlung** aufmerksam. Der Aufsichtsrat.

**Wringmaschinen, Küchenwagen, Küchenlampen, Laternen, Kohlenkasten, Kohlenöffel.**

**Wilh. Heckert, Am Güterbahnhof 5 (Vorlühner) Grosse Ulrichstrasse 57.**